



## Protokoll

der 46. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 19. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Claudio Miozzari, Grossratspräsident</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	Seyit Erdogan (SP), Anina Ineichen (GAB), Beat Braun (FDP).

### Verhandlungsgegenstände:

48.	Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen? .....	3
49.	Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften .....	4
50.	Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in den Schulen .....	8
51.	Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme .....	12
52.	Anzug 30 Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Für selbständige Kinder: Mehrfahrtenkarten im TNW erhalten" .....	13
53.	Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen .....	14
54.	Anzug 32 Philip Karger und Konsorten betreffend Erhöhung des Angebots an Sitzplätzen in der Innerstadt im öffentlichen Raum .....	15
55.	Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel .....	15
56.	Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat .....	16
57.	Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit .....	17
58.	Anzug 36 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mammografie-Screening-Programm soll auch jüngere und ältere Frauen miteinbeziehen .....	19
59.	Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren .....	20
60.	Anzug 38 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Neu beurteilung der Frühlingsferien .....	23
61.	Anzug 39 Tobias Christ und Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Anstellung pflegender Angehöriger durch Spitex Organisationen .....	23
62.	Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehrlicht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme .....	23
63.	Anzug 41 Joël Thüning und Konsorten betreffend Fr. 35.- statt 75.- in Basel-Landschaft: Überprüfung der Gebühren für den Führerausweis im Kanton Basel-Stadt .....	25
64.	Anzug 42 Hanna Bay und Konsorten betreffend Unterstützung für Angehörige und Kinder von inhaftierten Personen .....	25
65.	Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH .....	25
66.	Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit .....	29
67.	Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse .....	33
68.	Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz) .....	36



- 69. Anzug 47 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Förderung von Literatur für Kinder und Jugendliche..... 38
- 70. Anzug 48 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend die Bewirtschaftung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge ..... 38



## Beginn der 46. Sitzung

Donnerstag, 19. Dezember 2024, 15:00 Uhr

### 48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

[19.12.24 15:00:09, 24.5305.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zu unserem Schlusspurt vor Weihnachten und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Zur Nachtsitzung im Januar: Es ist so, dass ich aktuell nicht abschätzen kann, wie die Traktandenliste wirklich aussieht. Da sind noch gewisse Fragen offen, die sich erst später klären werden. Deshalb erlaube ich mir ausnahmsweise eine eventuelle Nachtsitzung auf das Programm zu nehmen und wir werden dann im Januar möglichst früh in der Sitzung entscheiden, ob es eine gibt oder nicht.

Und das zweite betrifft auch den Januar: Wir haben heute vor einer Stunde geübt, wir haben gesungen und wir werden den Januar gemeinsam singend eröffnen. Ich schicke Ihnen dazu dann noch weitere Infos. Es ist so, dass man einfach am Platz sein darf und so gut mitmacht wie das von dort geht, oder Sie dürfen sich auch ein bisschen einsingen und sich zu den anderen Singenden gesellen, die stehen. Ich bin gerührt und dankbar, dass so viele so gut mitmachen. Vielen Dank.

Wir sind stehengeblieben bei Traktandum 48 Anzug Amina Trevisan und Konsorten. Die Anzugsstellerin hat noch das Schlusswort offen. Sie hat damit das Wort.

*Amina Trevisan (SP):* Einleitend möchte ich betonen, dass es mir bei diesem Anzug nicht darum geht, eine Ungleichbehandlung zwischen Politiker:innen und der Zivilbevölkerung zu erwirken. Alle Menschen haben einen Anspruch auf Schutz vor Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen, selbstverständlich. Denn Hate-Speeches und Hetze verbreiten sich unkontrollierbar und sind leider alltäglich und salonfähig geworden. Solche Reden überschreiten zudem die Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit. Sie tragen in sich den Keim der Gewalt. Es ist somit im Interesse unserer liberalen Demokratie gegen sie vorzugehen.

Betroffene von Hate-Speeches und Hetze wiederum werden psychisch und emotional verletzt, was oft nur schwer auszuhalten ist. Hate-Speeches im Kontext der Politik birgt aber auch eine Gefahr für die Demokratie. Hate-Speech wirkt sich negativ auf die Qualität des öffentlichen Diskurses aus. Sie schafft ein feindseliges Klima, in dem sich immer weniger Menschen zu äussern wagen. Dies schwächt die Demokratie.

Als migrantische, linke, feministische und aus der Arbeiter:innenschicht stammende Frau bin ich auch Ziel von Abwertungen, Diffamierungen, Hass und weiss, wie sich das anfühlt. Joël Thüring hat heute Vormittag ein Beispiel gebracht. Ich möchte auch meine Erfahrung mit einem Beispiel belegen. Als ich mich erst kürzlich für die integrativen Schulen einsetzte oder auch gerade kürzlich mich gegen ein Spielplatzverbot gegenüber Umas äusserte, erhielt ich zahlreiche E-Mails aber auch Kommentare und Nachrichten auf Social-Media, die mich persönlich angriffen, herabsetzten und mir Kompetenzen absprachen. Ziel dieser Hater ist es, mich durch persönliche Attacken zu demütigen und einzuschüchtern, sowie mich zum Schweigen zu bringen, so dass ich mich aus einen Diskurs zurückziehe. Das ist eine gefährliche Praxis, die System hat.

Ich kann mit solchen persönlichen Angriffen gut umgehen, ohne dass ich mir einen Mantel aus Teflon aufbauen muss, der alle Anfeindungen abprallen lässt. Vielleicht liegt es am Alter, vielleicht daran, weil ich zu oft mit Anfeindungen umgehen musste. Aber bei meinem Vorstoss geht es mir insbesondere um jüngere Menschen, unabhängig der Parteizugehörigkeit, die sich politisch einbringen möchten, egal auf welcher politischen Ebene, so wie um politisch Engagierte, unabhängig ihres Alters, die bereits in die Politik eingetreten sind. Denn eine Befragung im Kanton Zürich im Rahmen des Pilotprojekts Stop Hate Anfang dieses Jahres hat dargelegt, dass jede dritte gewählte Politikerin beziehungsweise jeder dritte gewählten Politiker bereits Hassrede erlebt hat. Eine von vier der betroffenen Personen hat sogar von Androhung von Gewalt berichtet.

Obwohl eine gewisse, manchmal auch polemische Streitkultur zur Politik gehört, liegt ebenso auf der Hand, dass Hassnachrichten, Beleidigungen, Beschimpfungen und Drohungen eine ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie darstellen. Über politische Positionen darf und muss gestritten werden. Das ist essentiell für unsere Demokratie. Was jedoch



immer und überall inakzeptabel und zu verurteilen ist, sind Hass und Hetze. Es kommt immer wieder vor, dass Politiker:innen ihr Amt deswegen niederlegen oder sich gar nicht erst für eine Kandidatur zur Verfügung stellen.

Auch kann es einen Einfluss darauf haben, zu welchen Themen sich Politiker:innen exponieren und zu welchen auch nicht. Das trifft insbesondere auf die Politik zu. Eine Zunahme von Hass und Hetze gegen Politiker:innen gefährdet das Milizsystem, weil weniger Menschen bereit sind, ein politisches Amt zu übernehmen. Hinzu kommt, dass bestimmte Gruppen von Personen, die in der Politik aus strukturellen Gründen untervertreten sind, durch ihr politisches Engagement einem nochmals erhöhten Risiko ausgesetzt sind, zur Zielscheibe von Hass, Beleidigungen oder Drohungen zu werden. Es sind dies in erster Linie Frauen, queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie People of Color, aber auch aufgrund ihres Aussehens werden Frauen vermehrt angegriffen und blossgestellt. Die Parteien stehen in der Pflicht, ihre Exponentinnen in solchen Situationen zu unterstützen, doch ist es eine Aufgabe, der Gesamtgesellschaft, die demokratische Partizipation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern und die Politiker:innen von Hass und Beleidigung zu schützen. Die öffentliche Hand steht hier in der Pflicht. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**44 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005330, 19.12.24 15:07:47]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 44 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Besuch. Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse des Wirtschaftsgymnasiums Basel mit Lehrperson David Schreiber. Sie haben vorher schon fleissig mit zwei Ratskollegen debattiert, ich hoffe, das war spannend. Ich finde es super, dass Sie hier sind, wir freuen uns immer über Besuch im Rathaus.

## 49. Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften

[19.12.24 15:08:27, 24.5308.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das heisst, wir eröffnen die Debatte und fangen mit Daniel Sägesser an.

*Daniel Sägesser (SP):* Zunächst möchte ich mich, obwohl ich sogleich gegen eine Überweisung dieses Anzugs votieren werde, bei Thomas Widmer-Huber für den Input bedanken. Ich freue mich über alle Ideen, welche das Ziel haben, die Erreichung der Klimaziele, die Energiewende oder die Solaroffensive sozialverträglich zu gestalten. Der Anzug nimmt nämlich auch einen Punkt auf, der im bisherigen Ratschlagsentwurf zur Solaroffensive des Regierungsrats zu wenig berücksichtigt wurde. Die Solaroffensive sieht ja, wie von diesem Parlament gefordert, eine PV-Nachrüstpflicht für



bestehende Gebäude vor. Dies wird dazu führen, dass auch Menschen zum Bau einer PV-Anlage verpflichtet werden, die nicht über genügend Eigenmittel verfügen. Dies werden wohl nicht sehr viele Fälle sein, aber es wird sie geben. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass wir hier für diese Fälle eine Lösung bereit haben müssen. Dies hat meine Partei auch in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Solaroffensive klar gefordert.

Trotzdem muss ich Ihnen von der Überweisung dieses Anzugs abraten. Thomas Widmer-Huber, Sie wissen, ich habe Ihnen meine Bedenken bereits vor Einreichung des Anzugs genannt. Ich halte den in diesem Anzug vorgeschlagenen Weg für falsch. Der Anzug muss als Aufforderung an die IWB verstanden werden, ihr bestehendes Contracting-Angebot auszubauen. Contracting-Lösungen gehören aber klar nicht zum Grundversorgungsauftrag, sondern sind ein Marktprodukt, bei dem die IWB schon heute im Wettbewerb mit privaten Anbietern steht. Die Aufforderung, die IWB solle ihr Angebot im freien Markt ausbauen, ist das exakte Gegenteil dessen, was dieser Rat letzten Juni mit der einstimmigen Überweisung des Anzugs Urgese betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten gefordert hat.

Ich habe mich bei diesem Anzug denn auch gleich dreifach gewundert. Zunächst als ich gesehen habe, wer den Vorstoss alles mitunterzeichnet hat, darunter geschätzte Kollegen, die ich bisher eher dem Gewerbe zugeordnet habe, ich nenne hier jetzt keine Namen. Zum zweiten, als ich verduzt zur Kenntnis nahm, dass sich der Gewerbeverband scheinbar nicht dazu berufen fühlt, sich in seinem Empfehlungsschreiben zu diesem Anzug zu äussern. Zuletzt aber auch, als ich in der Kreuztabelle vom Oktober gesehen habe, dass die Gewerbler:innenfraktion Nummer 1 in diesem Parlament, das ist übrigens die sozialdemokratische Fraktion, scheinbar als einzige mit einem Minus die Fahne der Privatwirtschaft hochhält. Alle anderen Fraktionen hatten ein Plus eingetragen.

Nun, wie Sie wissen, bin ich nicht nur ein sehr liberaler, sondern auch ein sehr neugieriger Mensch und so habe ich in den letzten Wochen in den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen noch Antworten gesucht, wie man eine Überweisung dieses Anzugs mit wirtschaftsliberalen Argumenten begründen könnte. Antworten habe ich nicht wirklich gefunden, allerdings scheint aber etwas Bewegung in die Sache gekommen zu sein, denn nach aktueller Kreuztabelle haben inzwischen, zumindest die FDP und die SVP, ins Gewerbelager gewechselt. Stand jetzt steht die Kreuztabelle aber immer noch auf Überweisung.

Deshalb und für den Fall, dass ich Sie bisher noch nicht von einem Nichtüberweisen überzeugen konnte, erlauben Sie mir bitte noch folgenden Hinweis. Selbstverständlich dürfen Sie die Meinung vertreten, dass die öffentlichrechtliche IWB in diesem Feld ihr Angebot im freien Markt ausbauen sollte und diesen Anzug überweisen. Der Regierungsrat will aber, anders als im Juni den Anzug Urgese, diesen Anzug gar nicht überwiesen bekommen. Es ist wohl nicht damit zu rechnen, dass der Regierungsrat in den nächsten zwei Jahren seine Meinung dazu ändert. Viel wahrscheinlicher ist es jedoch, dass der Regierungsrat in zwei Jahren gleichzeitig zum Anzug Urgese berichtet, dass er nach wie vor nicht der Meinung ist, dass die Politik die IWB auffordern sollte, in diesem Feld ihr Marktangebot auszubauen.

Ich denke also, wir können der Verwaltung und auch diesem Parlament diese Extrarunde sparen. In dem Sinne appelliere ich insbesondere an die LDP und an die GLP: Kehren Sie noch einmal in sich und stellen Sie sich die simple, aber alles entscheidende Frage: What the ell...

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir haben nicht ganz sicher eruieren können, an welcher Stelle sich Regierungsrat Kaspar Sutter registriert hat, aber wir haben ihn nach Lukas Bollack eingeordnet. Damit hat jetzt Harald Friedl das Wort.

*Harald Friedl (GAB):* Nach dem interessanten Votum von Daniel Sägesser mache ich es relativ kurz. Das GAB ist für Überweisung dieses Anzugs, wir haben ihn auch unterstützt mit der Unterschrift. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass zunächst die Version einer Motion vorlag, da war ich auch kritisch.

Für mich geht es primär einmal darum, dass der Kanton oder wir im Parlament entschieden haben, wir wollen diese Solaroffensive. Und es gibt wahrscheinlich Fälle, das hat Daniel Sägesser hat ja auch schon ausgeführt, von Personen oder von Eigentümer:innen, die da Mühe haben, das zu finanzieren. Wir denken, der Kanton sollte zusammen mit der IWB prüfen, ob sie das Angebot mit dem Contracting, wie sie es schon bei Unternehmen machen, auch auf Privathaushalte oder auf Genossenschaften ausweiten können.

Daher sind wir für Überweisung, damit der Regierungsrat das darlegen kann. Vielleicht kann das Regierungsrat Kaspar Sutter Regierungsrat das jetzt schon machen, aber trotzdem, ich denke, das bedarf einer vertieften Erklärung, wie das gehen könnte oder warum es dann auch nicht gehen kann.

Daher bitten wir Sie als GAB, diesen Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.



*Lukas Bollack (GLP):* Bereits in unserer Antwort zur Vernehmlassung der Solaroffensive haben wir Grünliberale festgehalten, dass die Finanzierung von Solaranlagen für Besitzer:innen von Liegenschaften mit kleinen Dächern schwierig sein kann. Das betrifft insbesondere ältere Personen, die oftmals keinen Kredit mehr bekommen. Wir sind uns da einig, dass es offenbar Schwierigkeiten gibt.

Als eine mögliche Lösung dieses Problems haben wir die Bereitstellung eines Contracting-Angebots seitens der IWB vorgeschlagen. Dadurch würden die Investitionskosten von der IWB getragen, die würde aber natürlich dann auch zur Nutzniesserin des produzierten Stroms. Eine solche Lösung finden wir attraktiv, da sie ohne staatlichen Zwang, jedenfalls nicht für die Liegenschaftsbesitzenden, auskommt und auch kein Einsatz von Steuergeldern erfordert. Wir finden das dann doch noch einigermassen liberal.

Wir befürworten deshalb, dass die Regierung dieses Anliegen prüft und werden für Überweisung des Anzugs stimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Wir möchten das Solarpotenzial in unserem Kanton möglichst ausschöpfen. Sie haben uns auch den Auftrag gegeben, eine Solarpflicht einzuführen. Wie Sie wissen, hat der Regierungsrat seinen Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt und wir sind zurzeit daran, diese Vernehmlassungsantworten auszuwerten und dann Ihnen den überarbeitenden Ratschlag im kommenden Jahr vorzulegen, damit Sie entscheiden können, wie die Solarpflicht und die Solaroffensive aussehen wird, mit dem Ziel, möglichst viel des hier möglichen Strompotenzials zu nutzen.

Jetzt zum Vorstoss. Es ist so, dass es auch eine gute Möglichkeit ist, wenn man selber das Kapital nicht investieren will, dass das jemand anders macht, dass man seine Dachfläche zur Verfügung stellt, einer anderen Firma oder auch der Nachbarin oder dem Nachbarn oder einer Genossenschaft oder wem auch immer. Aber wie diese Ausführung schon zeigt, das ist ein liberaler Markt. Da gibt es eine Nachfrage, da gibt es auch verschiedene Angebote und ja, das soll auch so bleiben.

Und hier setzt auch der Antrag des Regierungsrates an, weshalb wir Ihnen beantragen, diesen Anzug uns nicht zu überweisen. Es geht einerseits um eine ordnungspolitische Überlegung und andererseits auch um die Überlegung, dass es das bereits gibt.

Zum ordnungspolitischen Aspekt: Die IWB hat einen Monopolteil mit Versorgungspflichten und sie hat einen Wettbewerbsteil. Und das Contracting ist klar im Wettbewerbsteil. Da gibt es ganz viele Anbieter, KMU, auf diesem Markt, und die IWB ist ein Player. Und mit diesem Vorstoss lösen Sie diese eigentlich klare und richtige Trennung innerhalb des IWB-Konstruktes auf, indem sie im Wettbewerbsteil politisch beeinflussen möchten, das heisst einwirken möchten, dass die IWB da tätig wird, selbst wenn es sich nicht rentiert oder selbst wenn es da Angebote gäbe und gibt von privaten Anbieterinnen und Anbietern.

Das möchte der Regierungsrat nicht. Wir sind der Meinung auch aus einer Public Coperate Governance-Sicht, wie das auch der Vorstoss Urgese fordert, dass man hier klar ist und diese Vermischung nicht macht. Deshalb beantragen wir Ihnen, diesen Anzug nicht zu überweisen und nicht in diese Vermischung zu gehen und nicht die IWB oder besser gesagt das Kleingewerbe hier zu schaden, indem die IWB hier einer anderen Rolle des staatlichen Versorgers übernehmen soll.

Der zweite Punkt ist, dass es das bereits gibt. Ja die IWB hat in diesem Wettbewerbsteil heute bereits Contracting-Angebote. Das gilt auch für Genossenschaft und Mehrfamilienhäuser, und sie prüft zurzeit auch, und das macht sie unternehmerisch, ob sie dieses Contracting weiter ausdehnen wird. Die IWB macht das selbstständig in ihrem Wettbewerbsteil. Da darf sie nur aktiv sein, wenn sich das auch rechnet für sie als Unternehmen. Und es darf nie eine Quersubventionierung stattfinden aus dem Monopolbereich. Das sind die Bedingungen und in diesen Rahmenbedingungen handelt die IWB auch im Interesse, dass diese Angebote hier bestehen.

Aber wie schon gesagt, es gibt ganz viele, auch Sie können ein Contactring machen mit ihrem Nachbarhaus, wenn Ihr Nachbar oder Ihre Nachbarin Ihnen diese Fläche zur Verfügung stellt. Dieser Markt ist offen und das soll er auch bleiben, ohne dass wir hier von der Politik her stärker intervenieren.

Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Wer von Ihnen hat noch nie einen Vorstoss unterschrieben, der auf den ersten Blick saugut ausgesehen hat. Ja, die Idee hat mich überzeugt, Thomas Widmer-Huber hat das auch sehr gut und freundlich verkauft. Ich habe da gutgläubig wie ich bin meine Unterschrift geleistet.



Aber ich kann Ihnen also sagen, es schmerzt dann schon, wenn ausgerechnet Daniel Sägesser einen an sein liberales Gewissen erinnern muss. Nun gut, zur Politik gehört, dass man gute Argumente austauscht, und manchmal hat Daniel Sägesser die besseren Argumente als ich. Und es freut mich natürlich sehr, dass ich jetzt da zum Besten geben kann, dass ich mich überzeugen liess von seinen Argumenten, dass auch ich wieder mich zum liberalen Feld zähle und deshalb Ihnen auch beliebt mache, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Nachdem Daniel Sägesser mir gezeigt hat, um was es wirklich geht, habe ich selbst ein bisschen recherchiert für alle die von Ihnen, die das nicht gemacht haben. Ja, es gibt einen privaten Markt. Ja, dieser private Markt ist genügend stark. Nein, es braucht wirklich nicht noch ein zusätzliches Produkt von der IWB. Nein, wir können mit bestem Gewissen auf diesen Anzug und die Überweisung desselben verzichten, und wir dürfen uns alle hier drin von der SP bis SVP liberal nennen. Das ist doch wunderschön in dieser vorweihnächtlichen Zeit.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Das Urteil darüber, wer jetzt gewerbefreundlich oder gewerbenah ist, das überlasse ich gerne den Vertretern des Gewerbes ist. Nur so viel, ein kleiner Spoiler, die SP schneidet da nicht ganz so gut ab, wie Kollege Sägesser sich hier aufspielt. Aber das weiss er ja auch.

Nun die FDP-Fraktion kann Contracting-Lösungen für Solaranlagen einiges abgewinnen. Das kann durchaus sinnvoll sein, aber die entscheidende Frage ist, wer soll das machen? Wer soll das anbieten? Und da möchte ich in das gleiche Horn blasen wie der Wirtschaftsdirektor und wie mehrere Vorredner. Wir sind aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der IWB in Bereichen, wo es private Anbieter gibt, und dass es solche in diesem Bereich gibt, das wurde uns entsprechend dargelegt. Das wäre jetzt ein ganz konkretes Beispiel dafür, wie private Anbieter von einem Unternehmen im öffentlichen Eigentum konkurrenziert oder sogar vom Markt verdrängt werden.

Und natürlich hätte die IWB hier entsprechende Wettbewerbsvorteile. Es muss ja nicht immer direkt Steuergeld fließen, damit ein solcher Wettbewerbsvorteil besteht. Er besteht zum Beispiel darin, dass man auf den Finanzmarkt attraktivere Konditionen hat, es geht hier um eine doch kapitalintensive Tätigkeit, wenn man hier solche Contracting-Lösungen macht. Natürlich hat ein Unternehmen im öffentlichen Eigentum mit den Sicherheiten, die dahinterstehen, bessere Möglichkeiten als ein Gewerbe. Natürlich hat man als Teilmonopolist Adressen zur Verfügung, die andere eben nicht haben, sondern sich teuer entsprechend erkaufen müssen.

Also, diese Wettbewerbsvorteile sind gegeben, das möchten wir nicht, und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Zwischenfrage von Oliver Bolliger wird angenommen.

*Oliver Bolliger (GAB):* Würden Sie auch so antworten, wenn wir die IWB privatisieren würden und dann auf den Markt schicken würden, wäre dann die IWB aus Ihrer Sicht der richtige Partner, um dieses Contracting für die Kleinen und Genossenschaften machen zu können?

*Luca Urgese (FDP):* Natürlich ist das eine rhetorische Frage. Wäre die IWB ein privates Unternehmen, könnte sie frei entscheiden, ob sie sich in diesen Wettbewerb begeben will und ob das in ihrem Geschäftsmodell rentabel ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, damit geht das Wort an den Anzugssteller Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Ich danke für die Diskussion. Mir ging es natürlich nicht darum, die IWB auch staatlich zu fördern oder zu unterstützen, sondern mein Ansatzpunkt war eher, dass die IWB das mal prüft und dass nachher eben die Privaten das je nachdem selber anbieten. Für mich ist es auch klar, wenn die IWB zum Beispiel findet, dass für Einfamilienhäuser die Dachfläche zu klein wäre, dann kann ja die IWB sagen, nein, das machen wir nicht und das machen andere auch nicht. Mir geht es jetzt nicht um die grundsätzliche Frage, ob das die IWB oder ein Privater macht, mir geht es darum, dass die IWB einmal prüft, was möglich ist, was sie machen möchte, und die WB kann ja immer noch sagen, wir machen das nur in einem gewissen Teil. Ich gehe auch davon aus, dass Private nachziehen und profitieren werden, falls die IWB etwas entwickelt.



Es geht um das Grundsätzliche, das zu fördern, und das finde ich eben gerade auch für Private, die finanziell nicht so gut dastehen, wichtig, dass sie die Möglichkeit erhalten. Aber eben wie gesagt, die IWB wird einfach gebeten, zu prüfen und zu berichten und ich möchte Sie bitten, diesem Anzug auch zu zustimmen. Wenn Sie vielleicht gewisse Vorbehalte haben, es geht ja nur um Prüfen und Berichten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**33 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005332, 19.12.24 15:27:38]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* 50 Nein-Stimmen, 33 Ja-Stimmen und eine Enthaltung führen dazu, dass der Anzug nicht überwiesen wird.

## 50. Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorglicher Zwangsmassnahmen in den Schulen

[19.12.24 15:27:50, 24.5309.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Gianna Hablützel-Bürki.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Die Diskussion um die fürsorglichen Zwangsmassnahmen und ihre langfristigen Auswirkungen auf die Betroffenen ist zweifelsohne von grosser gesellschaftlicher Relevanz. Es ist unsere moralische Verpflichtung, dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte aufzuarbeiten und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Trotzdem lehnt die SVP-Fraktion den vorliegenden Antrag, ein verpflichtendes Modul zu diesem Thema in den Lehrplan aufzunehmen, entschieden ab.

Lassen Sie mich die Gründe dafür darlegen. Die Einführung eines neuen Moduls würde das ohnehin schon stark belastete Bildungssystem zusätzlich strapazieren. Lehrpersonen, Schulleitungen und Bildungsbehörden auf kantonaler Ebene wären gezwungen, umfangreiche Planungs- und Abstimmungsprozesse zu bewältigen, die Ressourcen von zentralen Aufgaben abziehen. Schon heute klagen viele Lehrpersonen über einen überfüllten Lehrplan, der kaum Raum für zusätzliche Themen lässt. Ein verpflichtendes Modul würde zwangsläufig dazu führen, dass andere Inhalte vernachlässigt werden müssten, eine Situation, die wir nicht verschärfen dürfen.

Es ist zudem fraglich, ob ein neues Modul tatsächlich einen Mehrwert bietet. Die relevanten Aspekte könnten bereits heute im Rahmen bestehender Fächer wie Geschichte, Sozialwissenschaften oder Ethik behandelt werden. Ein weiteres Modul könnte unnötige Überschneidungen schaffen, ohne signifikant zur Wissensvermittlung beizutragen.

Darüber hinaus erfordert die Entwicklung und Einführung eines solchen Moduls erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen. Diese könnten weitaus sinnvoller eingesetzt werden, etwa durch die Unterstützung bestehender Projekte, die bereits bewährte Arbeit leisten, beispielsweise Zeitzeugenprojekte oder Workshops, die Schülerinnen und Schüler direkt



ansprechen. Solche Ansätze fördern nicht nur die inhaltliche Auseinandersetzung, sondern schaffen auch eine emotionale Verbindung zu den historischen Themen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Motivation der Lehrpersonen. Historische Themen wie die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen leben davon, dass Lehrpersonen das Thema freiwillig und aus Überzeugung aufgreifen. Eine verpflichtende Einführung könnte diese Motivation untergraben und das Thema zu einer reinen Pflichtübung degradieren. Es wäre weitaus sinnvoller, Lehrpersonen durch Fortbildungsangebote und Informationskampagnen zu ermutigen, sich eigeninitiativ und mit Begeisterung damit auseinanderzusetzen.

Es gibt bereits fundierte und gut aufbereitete Materialien zu diesem Thema. Das Problem liegt weniger in deren Verfügbarkeit, sondern vielmehr darin, dass diese Angebote zu wenig bekannt sind. Statt zusätzliche Strukturen zu schaffen, sollten wir verstärkt darauf setzen, bestehende Angebote bekannter zu machen und deren Nutzung zu fördern. Initiativen wie der nationale Demokratiebaustein oder der kantonale Politbaukasten haben gezeigt, dass flexible und dezentrale Ansätze deutlich effektiver sind. Sie ermöglichen es, Inhalte individuell auf die Bedürfnisse der Schulen und Regionen zuzuschneiden. Ein verpflichtendes Modul hingegen würde diese Flexibilität einschränken und könnte in der Praxis auf Widerstand stossen.

Die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ist zweifellos wichtig, daran besteht kein Zweifel, doch der vorliegende Antrag ist der falsche Weg. Statt neue Vorschriften zu schaffen, sollten wir die bestehenden Ansätze stärken, besser koordinieren und die eigene Initiative fördern. Nur so können wir sicherstellen, dass dieses wichtige Thema nachhaltig in der schulischen Bildung verankert wird, ohne das Bildungssystem weiter zu überlasten.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen für die Nichtüberweisung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich spreche für das GAB und für die Fraktion der SP.

Die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen der Heim- und Verdingkinder, aber auch die Aktion der Kinder der Landstrasse gehört zu den düstersten Kapiteln der schweizerischen Geschichte. Wir reden hier von staatlichem Missbrauch statt Fürsorge. Es waren unzählige Kinder, Jugendliche und Erwachsene bis in die Anfänge der Achtzigerjahre davon betroffen. Die Ausstellung «Verdingkinder reden» tourte 9 Jahre durch die Schweiz, 150'000 Personen haben diese Ausstellung besucht, darunter auch 820 Schulklassen. Diese Ausstellung war damals für die Schweiz enorm wichtig und hat das lange Schweigen der Betroffenen durchbrochen. Die Ausstellung hat bei den noch lebenden Betroffenen viel ausgelöst und ich kann bestätigen, dass auch als Nachkomme einer solchen familiären Geschichte diese erlebten traumatischen Erfahrungen auf unterschiedliche Weise auch noch über Generationen hinaus nachwirken.

Das Thema der Verdingkinder und der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ist immer auch ein Teil der schweizerischen Geschichte im Umgang mit struktureller Armut im Allgemeinen und Armutsbetroffenen im Speziellen. Es ist die Geschichte von unrechtem staatlichem Handeln und dies muss uns interessieren. Vor 3 Jahren hat sich die Basler Regierung bei den Verdingkindern und Opfern von Fremdplatzierungen entschuldigt und die Gedenktafel im Innenhof des Rathauses vor circa 100 Anwesenden enthüllt. Ich erinnere mich noch sehr gut, weil es war extrem kalt, an einem sehr kalten Oktobermorgen, und diese Kälte passte sehr gut zur Kälte des staatlichen Versagens.

Ob diese Thematik in der Schule unterrichtet wird, hängt zurzeit allein von der Lehrperson ab und seitdem die Wanderausstellung nicht mehr unterwegs ist, droht dieses dunkle Kapitel wieder in Vergessenheit zu geraten. Wenn wir uns daran erinnern, wer in der Schule wirklich davon gehört, ich glaube so verbreitet wie man das annimmt, ist es wirklich nicht, und der Anzug von Leoni Bolz lässt aus meiner Sicht offen, wie die Thematik in den Schulen verankert werden kann. Es steht hier nicht darin, dass es ein verpflichtendes, neues Modul geben muss, sondern es soll geprüft werden, wie es besser verankert werden könnte.

Es erstaunt mich ein wenig, dass der Regierungsrat sich diesen Anzug nicht überweisen lassen will. Aus meiner Sicht steht er in der Pflicht, darauf zu antworten und hier bemüht zu sein, in irgendeiner Form sicherzustellen, dass dieses dunkle Kapitel nicht vergessen geht. Und es erstaunt mich auch, dass es überhaupt Fraktionen gibt, welche diesen Anzug nicht überwiesen haben wollen. Besonders erstaunt bin ich trotzdem auch von der SVP, waren am Gedenk Anlass an diesem Oktober vor drei Jahren doch auch etliche SVP-Politiker und Politikerinnen von Stadt und Land anwesend.

Besten Dank für die Überweisung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.



*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Anzug verlangt, dass die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, die in der Schweiz bis in die Achtzigerjahre in verschiedenen Formen stattgefunden haben, im Unterricht flächendeckend thematisiert werden.

Es ist inhaltlich richtig, dass dieses dunkle Kapitel aufgearbeitet und die Öffentlichkeit darüber informiert wird. Entsprechende Untersuchungen sind auf Ebene des Bundes auch bereits im Jahr 2019 erfolgt und publiziert worden.

In Basel-Stadt werden auf Beschlüsse des Grossen Rates die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen in einem gross angelegten Forschungsprojekt aufgearbeitet. Dieses Forschungsprojekt wird mit 600'000 Franken finanziell durch den Kanton unterstützt und beinhaltet auch die Informationsvermittlung an den Schulen. Das Staatsarchiv kann dazu weitere Auskunft geben.

Zum Anliegen der Vermittlung dieser Thematik an den Schulen: Einleitend ist zu sagen, dass an den Schulen Lehrmittel im Rahmen des kantonalen Lehrplans herrscht, der durch den Erziehungsrat bewilligt wird. Der kantonale Lehrplan sichert die Ausgewogenheit der didaktischen Inhalte und eine langfristige Planung des Unterrichts. Im Rahmen des Lehrplans sind die Lehrpersonen verantwortlich für die Auswahl der Themen und deren didaktische Umsetzung. Es ist also auch heute schon möglich, dass eine Lehrperson zum Beispiel im Geschichtsunterricht auf die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eingeht. Auch ist es denkbar, dass private Vereine oder Interessengruppen den Schulen Module zu diesem Thema anbieten, welche die Lehrpersonen nutzen können. Wir kennen dies aktuell zum Beispiel bei den Themen Armut in der Schweiz, Nachhaltigkeit oder Klima.

Wir erarbeiten in der Verwaltung des Erziehungsdepartements jedoch keine pädagogischen Inhalte für die Schulen. Wir möchten aus grundsätzlichen Überlegungen nicht, dass über politische Vorstösse Einzelthemen in den Lehrplan eingebracht werden. Dies öffnet Tür und Tor für alle möglichen Gruppen, die Themen, die für sie wichtig sind, obligatorisch und flächendeckend im Unterricht zu verankern. Die Lehrplanarbeit muss über den ordentlichen Weg erfolgen, denn nur so ist sichergestellt, dass die Lehrpläne ausgewogen und nicht von partikulären Interessen bestimmt werden.

Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Ich möchte kurz begründen, warum die Mitte/EVP-Fraktion hier auch ein Minus hat. Ich hatte, als es um die Einreichung des Anzugs ging, schon intensiven Kontakt mit der Anzugstellerin, darum habe ich dann am Schluss auch unterschrieben, aber als ich es dann vor der Sitzung wieder anschaute, kamen wieder viele Fragen auf, vieles wurde jetzt schon aufgegriffen.

Ich glaube, es ist zweifellos noch so, dass das Thema an sich wichtig ist, das ist ja nicht bestritten, und ich glaube auch niemand von denen, die ein Minus haben, bestreiten die Bedeutung dieses Themas. Ich denke, am Schluss ist die wirklich die Frage, wer den Lehrplan macht und die Lerninhalte bestimmt und wie genau unterrichtet werden soll. Das ist so ein Aspekt darin, dass wir nicht anfangen als Grossrat Lehrpläne zu schreiben und zu füllen. Für mich bleibt es etwas unklar am Schluss, was jetzt genau gefordert wird. Ich habe es auch nicht als ein verpflichtendes Modul verstanden, aber doch, dass man da ganz viel Material bereitstellt, Dinge organisiert, obwohl im Text selbst auch darauf hingewiesen wird, dass zum Beispiel von der PH Bern schon Materialien bestehen und dann manchmal tatsächlich eher die Frage ist, wie man auf das Material stösst. Aber ich bin überzeugt, dass auch heute schon Lehrpersonen, die zum Beispiel in diesem Themabereich etwas vermitteln wollen, dann beim Recherchieren auch dieses Material finden.

Im Lehrplan sind ja oft Kompetenzen formuliert, nicht unbedingt Stoffinhalte. Und es sollte nicht sein, wenn Lehrpersonen dann aus einem aktuellen Anlass oder aus irgendwelchen Gründen an einem bestimmten inhaltlichen stofflichen Thema eine Kompetenz vermitteln wollen, gezwungen sind, das plötzlich an einem vorgegebenen anderen Thema vermitteln zu müssen. All das sind Fragen, die mit hineinspielen, ob wir nun als Grosser Rat hier ein Thema sozusagen pushen sollen und am Schluss stellen wir den Lehrplan für die Schulen zusammen.

Das sind so verschiedene Überlegungen, die bei unserer Fraktion dazu geführt haben, dass wir hier ein Minus haben und diesen Anzug nicht überweisen wollen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort geht nun an die Anzugsstellerin Leoni Bolz.

*Leoni Bolz (SP):* Ich greife nur zwei Punkte dieses düsteren Kapitels der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen heraus. Kinder und Jugendliche wurden in streng geführten Heimen oder Strafanstalten platziert und dort häufig misshandelt. Junge Frauen, vor allem arme und unverheiratete oder andere als damals minderwertig betrachtete Frauen, wurden unter grossen



psychischen Druck gesetzt und gezwungen, einer Abtreibung, einer Sterilisation oder einer Adoption eines oder mehrerer ihrer Kinder zuzustimmen.

Längst wissen nicht alle, in welchem Umfang damals grosses Unrecht passierte und was für Auswirkungen dies noch immer für den Alltag der Betroffenen hatte und hat. Auch Basel war betroffen. Unsere Vorgänger:innen im Grossen Rat haben das Gesetz betreffend Versorgung in Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten am 21. Februar 1901 verabschiedet, welches bis am 31. Dezember 1980 in Kraft war. Unsere Vorgänger:innen und die Behörden haben das Leid von 5'000 bis 6'000 Kindern wie auch Erwachsenen aus Basel geduldet beziehungsweise aktiv mit verschuldet.

Das erfahrene Leid der Betroffenen können wir nicht rückgängig machen. Wir können aber unseren Teil in dem jetzigen Grossen Rat dazu beitragen, dass es sich nicht wiederholt. Mit der Ausarbeitung des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung vor 1981 wurde die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Unterstützung der Opfer mit unter anderem 25'000 Solidaritätsbeitrag 2017 eingeleitet und Sie haben hier im Grossen Rat erst vor kurzem das Budget für die Aufarbeitung in Basel-Stadt gesprochen.

Damit sich dieses Unrecht nicht wiederholt, reicht jedoch eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht. Das Thema muss vermehrt in die Gesellschaft getragen werden und daher auch möglichst in die Schule kommen, und zwar bald und nicht erst in fünf Jahren. Auch das Bundesgesetz sieht eine Vermittlung vor. Das Thema ist vorgespurt. Wir können uns dem nicht verwehren, das ist schon vorgegeben, und Lehrmittel wurden auch im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz bereits erarbeitet, wie schon erwähnt von Pädagogischen Hochschulen und Vereinen. Im Herbst 2025 soll auch jetzt neu eine Webplattform entstehen, die die Infos und Lehrmaterialien bündelt, so wie ich es auch schon gefordert habe im Anzug. Das Problem bleibt aber weiterhin die Implementierung in den Kantonen, weil das ist halt in den verschiedenen Kantonen unterschiedlich.

Und hier müssen wir die nationalen Bemühungen unterstützen, damit diese Efforts mit dem jetzt neuen Lehrmaterial nicht einfach in der Schublade verschwinden. Es braucht daher eine Einbindung des Themas in eine bereits existierende lokale Struktur, wie zum Beispiel den kantonalen Politbaukasten und eine Sensibilisierung der Lehrperson. Das wurde von Gianna Hablützel erwähnt. Das fordere ich in meinem Anzug. Es ist kein Pflichtmodul oder ein Pflichtfach oder eine Regelung im Lehrplan gefordert. Ich weiss nicht, wo Sie das herhaben, das steht in meinem Anzug nicht drin.

Es geht mir darum, dass die Lehrpersonen unterstützt werden, dass man über die Unterrichtsmaterialien, die schon bereits existieren, Bescheid weiss und dass dann die Lehrperson vielleicht eher das Thema auswählt und in die Klasse trägt, aber von einer Pflicht wird nicht gesprochen in meinem Anzug.

Ich verstehe dementsprechend auch nicht, dass der Anzug nicht von der Regierung entgegengenommen wird und auch im Zusammenhang damit, dass verschiedene kontaktierte Fachpersonen, die in kantonal wie nationalen Projekten beschäftigt sind, den Vorstoss auch begrüssen.

Ich bitte Sie daher, den Anzug zu überweisen, und als Schlussbemerkung: Vielleicht sehen Sie sich ja die erwähnte Gedenktafel im Rathaus Innenhof mal an.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005334, 19.12.24 15:45:51]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug ist überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.



## 51. Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme

[19.12.24 15:46:03, 24.5319.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der vorliegende Anzug, der eine umfassende Sensibilisierungs- und Präventionskampagne so wie verschiedene Informationsmassnahmen zur Nutzung digitaler Medien bei Kleinkindern fordert, mag gut gemeint sein. Dennoch lehnt die SVP-Fraktion diesen Vorschlag aus mehreren wesentlichen Gründen ab.

Zunächst fehlen verlässliche Belege für die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen. Zwar machen internationale Studien auf die Risiken eines übermässigen Bildschirmkonsums für Kleinkinder aufmerksam, doch gibt es keine klaren Hinweise darauf, dass Sensibilisierungskampagnen, Informationsflyer oder ähnliche Materialien, wie sie hier vorgeschlagen werden, das Verhalten von Eltern langfristig positiv beeinflussen. Ohne wissenschaftlich fundierte Nachweise bleibt fraglich, ob der Einsatz öffentlicher Mittel in diesem Bereich gerechtfertigt ist.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass im Kanton Basel-Stadt bereits zahlreiche Beratungsangebote und Unterstützungsmassnahmen für Eltern existieren. Diese werden von Kinderärzten, Erziehungsberatungsstellen und anderen Fachorganisationen bereitgestellt. Der Anzug verkennt, dass die Einführung weiterer Programme nicht nur unnötig ist, sondern auch zu Überschneidungen führt. Stattdessen wäre es sinnvoller, bestehende Strukturen gezielt zu stärken und besser zu koordinieren.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde Zielgenauigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen. Die breite Verteilung von Informationsmaterialien über Baby-Boxen, Kinderarztpraxen oder Geburtsvorbereitungskurse erreicht alle Eltern, unabhängig von deren spezifischem Informationsbedarf oder Verhalten. Dies führt unweigerlich zu erheblichen Streuverlusten und einer ineffizienten Verwendung öffentlicher Mittel. Erfahrungswerte zeigen zudem, dass solche allgemeinen Informationsmaterialien häufig unbeachtet bleiben und keinen nennenswerten Einfluss auf das Verhalten haben.

Hinzu kommt, dass die Forderung, sich bereits vor der Geburt eines Kindes mit der Nutzung digitaler Medien auseinanderzusetzen, die Prioritäten verfehlt. In dieser Phase sollten vielmehr grundlegende Aspekte der Kindererziehung im Vordergrund stehen, dazu zählen die Förderung einer starken Bindung, die Entwicklung von Erziehungskompetenzen und die Vorbereitung auf eine stabile und vertrauensvolle Eltern-Kind-Beziehung. Diese Grundlagen schaffen nicht nur eine solide Basis für die Erziehung, sondern tragen auch langfristig dazu bei, den übermässigen Bildschirmkonsum zu reduzieren.

Zusammenfassend sprechen fehlende Wirksamkeitsnachweise, die bereits vorhandenen Angebote, die ineffiziente Mittelverwendung und die unklare Priorisierung gegen den vorliegenden Anzug. Statt allgemeiner Kampagnen soll der Fokus auf gezielte Bildung und Unterstützung liegen, um Eltern als Partner zu begleiten und deren Eigenverantwortung zu stärken.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen deshalb für die Nichtüberweisung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin das Wort.

*Anouk Feurer (GAB):* Bildschirm, Medien und Kleinkinder, die Thematik beschäftigt nicht nur mich. Seit ich den Vorstoss eingereicht habe, habe ich aus verschiedensten Fachkreisen davon gehört, dass auch Forschende bis Praxispersonen die Auswirkungen von Bildschirmmedien auf die Kleinkinder spüren. Seit den 2000-er Jahren wird geforscht, was Bildschirmmedien auf Kleinkinder ausüben. Mittlerweile wissen wir, unter dreijährige Kleinkinder sollten eigentlich nicht an den Bildschirm gelassen werden. Es gibt mehrheitlich auch langfristige schlechte Auswirkungen.

Falls man sich dafür mehr interessiert, ich habe im Vorstoss acht Studien hinterlegt, die das ziemlich klar belegen. Der Klimawandel ist ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn man über mehrere Jahre die Wissenschaft einfach ignoriert und dann irgendwann merkt, dass es eigentlich relativ spät ist. Die Wissenschaft muss darum in der Gesellschaft ankommen, gerade in dem Thema. und darum finde ich, dass wir auch nachhelfen dürfen. Die Schwierigkeit ist natürlich, wie wir die Eltern von Kleinkindern erreichen, da sie ja eben noch nicht in einem Kindergarten oder in einer Schule sind. Das Ziel ist auch nicht, den Eltern vorzuschreiben, wie sie mit den Mildbildschirmmedien umgehen, sondern das Ziel ist, die breite



Gesellschaft über die Chancen und Risiken aufzuklären, damit sie eben selber den Umgang mit Bildschirmmedien bewusst entscheiden können.

Aber wieso ist denn das unsere Verantwortung? Einerseits bin ich mir sicher, dass die wenigsten Eltern Zeit haben oder wissen, dass sie sich in die verschiedensten Studien einlesen können und dann auch sich noch mit Fachpersonen treffen und über das diskutieren können. Andererseits sind die Auswirkungen von diesen Bildschirmen in diesem Alter teils so schwerwiegend, dass es in unserem Interesse für die Gesellschaft sein sollte, dass die Kinder davon verschont bleiben. Denken Sie an Gesundheitsprobleme wie zum Beispiel Augenbelastung oder Schlafstörungen. Denken Sie an die Probleme mit der Emotionsregulation, Bindungsprobleme auch zu den Eltern und schlechtere motorische, sprachliche und mathematische Kompetenzen. Wenn Kinder und später dann eben die Erwachsenen mehr und mehr unter diesen Auswirkungen leiden, dann spüren wir das spätestens in einem Jahrzehnt auch im Arbeitsmarkt, und dann zu handeln ist eindeutig zu spät.

Wie genau dann eben das vermittelt werden soll, die Chancen und Risiken, das überlasse ich es sehr gerne der Regierung. Die Ideen sind ja auch darum nur Ideen und darum ist es auch nur ein Anzug. Und ich hoffe natürlich, dass die bestehenden Fachpersonen dann dort eingespannt werden bei dieser Entscheidung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Kreuztabelle bin ich sehr froh, dass Sie diese Sorgen auch ernstnehmen und teilen, aber dass Sie auch die Hoffnung haben, dass dort noch nicht alles verloren ist und dass wir noch etwas ändern können. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung dieses Anzugs wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**74 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005336, 19.12.24 15:53:12]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird überwiesen mit 74 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

### **52. Anzug 30 Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Für selbständige Kinder: Mehrfahrtenkarten im TNW erhalten"**

[19.12.24 15:53:28, 24.5320.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Anzugstellerin macht uns zuerst eine Mitteilung.

*Lisa Mathys (SP):* In Rücksprache mit sämtlichen Unterzeichnenden dieses Anzugs würden wir diesen Vorstoss zurückziehen können. Die Alliance Swiss Pass hat bereits gehandelt und die Vorgabe, dass Mehrfahrtenkarten abgeschafft werden müssten, besteht nicht mehr, sowohl die Alliance als auch der TNW haben zugesichert, dass diese weiter bestehen können. Entsprechend können die neuen Automaten so ausgeschrieben werden, dass auch künftig Kinder, bevor sie ein Handy haben, selbständig unterwegs sein können mit dem ÖV, was uns wichtig erscheint.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wurde zurückgezogen, und wenn niemand der Mitunterzeichnenden Einspruch erhebt, ist er damit erledigt.

### **53. Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen**

[19.12.24 15:54:49, 24.5342.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Ich möchte mich nur ganz kurz äussern, weshalb die SVP als einzige Fraktion die Überweisung bestreitet.

Markierungen und Fussgängerstreifen sollen zur Sicherheit und zum Schutz der Fussgänger beitragen. Markierungen oder gar Fussgängerstreifen anzubringen, ohne dass ein Vortrittsrecht eingeräumt wird, ist zu vermeiden, dass diese zu gefährlich sind. Gerade Schulkinder verlassen sich darauf, dass sie bei Fussgängerstreifen Vortritt haben, da sie das im Verkehrsunterricht auch so gelernt haben und so anwenden. Ihnen nun klar zu machen, dass dies nicht für alle Fussgängerstreifen gelten soll, scheint mir sehr schwierig. Zudem, wenn solche Markierungen auch hinter dem Tramzug ein sicheres Überqueren vorgaukeln, dann muss ich schon sagen, dass es nichts Gefährlicheres gibt als das, weil nämlich der entgegenkommende Tramzug nicht zu sehen ist und somit eine noch viel gefährlichere Situation entsteht und auch nicht alle Trambzüge gleich lange sind.

Daher machen meines Erachtens solche Markierungen keinen Sinn, sondern sie verschlimmern die Situationen noch zusehends. Ich danke Ihnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es hat sich nur die Anzugstellende gemeldet. Sie hat damit das Schlusswort.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich kann es relativ kurz halten. Sowohl die hohen Tramhaltekannten aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetzes wie auch die Einfachtramhaltestellen sind relativ neu, und alles was neu ist, muss sich zuerst in der Praxis bewähren. Und da merkt man auch, wo es allenfalls noch Korrekturkurse braucht.

Es ist schön, dass die SVP hier schon geprüft und berichtet hat. Allerdings würde ich das trotzdem sehr gerne dem entsprechend zuständigen Departement überlassen, das dann sicher auch mit Präventionskursen für den Strassenverkehr für junge Kindern vereinbaren und auf diese Konzepte prüfen wird, bevor wir das hier jetzt einfach schon abschreiben, weil es offenbar von der SVP so befunden wurde.

Entsprechend bitte ich Sie, bei der Meinung der Kreuztabelle zu bleiben und diesen Anzug an die Regierung zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**78 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005348, 19.12.24 15:57:55]

**Der Grosse Rat beschliesst**



den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

#### **54. Anzug 32 Philip Karger und Consorten betreffend Erhöhung des Angebots an Sitzplätzen in der Innerstadt im öffentlichen Raum**

[19.12.24 15:58:08, 24.5343.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

#### **55. Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel**

[19.12.24 15:58:34, 24.5403.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Ratsbüro möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Eric Weber hat das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich finde es schade, dass das Ratsbüro nicht bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen. Ich werde als Grossrat eine Anfrage stellen, wie viele Freitickets die Regierung für den Eurovision Song Contest erhält. Warum wird davon nichts an Grossräte weitergegeben? Das sind ganz legitime, ganz berechnigte Fragen, das bestätigen mir auch Juristen.

Ich werde zu diesem Thema auch überall Briefe und E-Mails schreiben. Ich habe auch schon telefoniert mit der VIP-Pressestelle Sankt Jakob. Das steht ja in meinem Anzug, und E-Mails geschickt.

Sie erinnern sich alle, Anfang Jahr 2024 haben Sie ein dickes Heft bekommen mit 30 Veranstaltungen der Sankt Jakob-Halle, Musical, Swiss Indoor, wo Sie zwei Tickets aussuchen konnten. Und ich finde es wichtig, dass wir etwas erhalten, weil wir ja auch die Gelder geben.

Bis jetzt habe ich kein Ticket vom Eurovision Song Contest bekommen. Ich bin schon oft angefragt worden von Kindern, von Fans, von Wählern, ob ich ihnen die Tickets geben könne. Die Älteren von uns wissen noch, dass jeder Grossrat zwei Tickets bekommen hat vom ZDF, als Thomas Gottschalk zu «Wetten dass...» in Basel war. Wir haben früher auch 20 Tickets bekommen für das Theater Basel.

Das Thema ist ja der ESC. Ich stelle fest, der Regierungsrat bekommt Tickets in grösserer Anzahl. Und ich muss einfach sagen, ich fühle mich als Grossrat hintergangen. Und darum habe ich diesen Anzug eingereicht und diese E-Mails geschrieben und Telefonate gemacht. Die Frage ist berechnigt, was mit uns Grossräten ist. Die Nationalräte in Bern kommen nach Basel, weil sie ein Ticket erhalten, aber wir Grossräte in der eigenen Stadt bekommen nichts.

Wenn es um Freitickets geht, haben Sie mir immer zugehört und ich spüre Ihre Sympathien, weil ich mich melde und Freitickets fordere. Wenn Sie bei einer Zeitung tätig sind, erhält der Chefredaktor viele Einladungen, und der Chefredaktor gibt diese Einladungen. Reiseeinladungen weiter an die Journalisten. Und so müsste das eigentlich auch die Regierung weitergeben. Aber ich habe noch nie einen Brief bekommen, in dem stand, dass ich zwei Freikarten für den ESC bekomme, mit freundlichen Grüssen, Die Regierung Basel-Stadt. Auf so ein Schreiben warte ich seit 41 Jahren.



Darum bin ich enttäuscht, dass das Büro des Grossen Rats selber nicht den Mut hat und sagt, doch der Eric hat recht mit dem Thema. Wenn ich da im Grossen Rat nicht weiter komme, mache ich es einfach auf anderen Wegen. Und ich weiss genau, was ich mache.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir stimmen über den Anzug ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**3 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005351, 19.12.24 16:04:13]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird nicht überwiesen mit 78 Nein-Stimmen gegen 3 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

### **56. Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat**

[19.12.24 16:04:28, 24.5404.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Ratsbüro möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Eric Weber hat das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Sie sehen, auf der Seite 43 habe ich den Anzug begründet und ich muss einfach sagen Schuhe auf das Bänkchen da draussen im Vorzimmer legen, das macht man nicht. Ich habe es heute wieder zwei Mal gesehen und ich würde mir nie erlauben, meine Schuhe hier draussen auf diese Bänke im Vorzimmer zu legen. Sie wissen, wir haben es gelernt auf der Schulreise, bei der SBB, wenn Sie die Füsse auf die Bank legen, ziehen Sie bitte die Schuhe aus. Sonst sitzt man danach auf die Bank und hat Flecken auf der Hose. Ich habe hier die Basler Zeitung vorliegen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie müssen uns das nicht vorlesen. Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005354, 19.12.24 16:06:42]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**



den Anzug nicht zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* 70 Nein-Stimmen eine Ja-Stimme und keine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug nicht überwiesen wird.

## **57. Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit**

[19.12.24 16:07:05, 24.5405.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Studierende suchen bezahlbaren Wohnraum. Ältere Menschen wiederum verfügen oft über Wohnraum, den sie selbst nicht mehr nutzen. Der vorliegende Anzug fordert den Regierungsrat auf, Massnahmen zu ergreifen, um ein kantonal subventioniertes Projektwohnen für Hilfe im Kanton Basel-Stadt anzubieten. Es soll eine Trägerorganisation eingesetzt werden, um diese beiden Gruppen zusammenzubringen.

Was auf den ersten Blick wie eine vielversprechende Idee aussieht, wurde bereits mehrfach versucht und die Erfahrungen mit den bisherigen Projekten muss als ernüchternd bezeichnet werden. Deshalb würden wir Ihnen abraten, uns das zur weiteren Prüfung zu überweisen.

Als einer der ersten Kantone hat Basel-Stadt bereits im Jahr 2016 ein solches Projekt mit dem Namen Wohnen für Hilfe initiiert. Die Idee dahinter war, dass der gemeinnützige Verein für studentisches Wohnen, der günstigen Wohnraum an junge Menschen in Ausbildung vermietet und vermittelt, nun auch Wohnpartnerschaften zwischen Studierenden und Seniorinnen und Senioren vermittelt. Bei der Rekrutierung von Wohnungsanbietern wurde der Verein für studentisches Wohnen vom Verein 55 Plus Basler Alterskonferenz und dessen angeschlossenen Organisationen sowie den beteiligten Gemeinwesen unterstützt. Am Projektbeteiligten sich damals neben Basel-Stadt auch die Gemeinden Riehen, Aesch, Pfeffingen und Reinach. Die Vermittlungen erwiesen sich als sehr aufwendig, insbesondere im Hinblick auf die Abklärung individueller Bedürfnisse und Anliegen der beteiligten Wohnparteien sowie hinsichtlich der Abgrenzung von Hilfe und den Wohnraumvergünstigungen. Das Projekt fand in den Medien und bei den umliegenden Gemeinden zwar viel Beachtung, es kam aber nur zu wenigen erfolgreichen Abschlüssen. Das Angebot wurde 2018 schliesslich nicht mehr weitergeführt.

Auch dem Basler Pilotprojekt Zieh um - Zimmer zur Untermiete, welches 2020 gestartet wurde, gelang es trotz intensiver Bemühungen nicht, genügend potenzielle Vermietende zu finden, dies unter anderem, da die Hemmschwelle, die jemanden permanent ins eigene Haus oder in die eigene Wohnung zu holen, vermutlich sehr hoch ist. Das Projekt wurde entsprechend in diesem Jahr beendet.

Ähnlich erging es auch dem Pilotprojekt Wohnen für Hilfe der Stadt Bern. Trotz einer eigens von der Stadt dafür eingerichteten Koordinationsstelle wurde das Projekt Ende 2019 eingestellt, da ebenfalls nur sehr wenige Vermittlungen zustande kamen. Ein anderer Ansatz, um das Interesse junger Menschen in Ausbildung an günstigem Wohnraum mit den Bedürfnissen älterer Menschen zu verbinden, wird aktuell vom Bürgerspital Basel verfolgt. An der Socinstrasse 55 wird künftig Wohnen mit Service für ältere Menschen mit einem Wohnen für Menschen mit Behinderung und mit Studios für Studierende kombiniert. Die Studierenden verpflichten sich dabei, auch Betreuungsaufgaben zu übernehmen. Im Sinne eines Community-Care-Modells werden die Bewohnenden professionell unterstützt und gleichzeitig wird die gegenseitige Hilfe der älteren Menschen, der Menschen mit Behinderung und der Studierenden gefördert. Dieser Ansatz scheint vielversprechend zu sein und sollte aufmerksam weiterverfolgt werden. Hingegen hat sich gezeigt, dass Vermittlungen durch eine aussenstehende Partei, also zusätzlich zu Mieter und Vermieterschaft, sehr aufwendig und eben nicht erfolgsversprechend sind.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Überlegungen würden wir Ihnen vorschlagen, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Das Wort geht an Oliver Bolliger.



*Oliver Bolliger (GAB):* Das GAB unterstützt diesen Vorstoss, er bringt verschiedene Anliegen miteinander in Verbindung, und wie auch schon erwähnt von Regierungsrat Lukas Engelberger gab es dieses Projekt schon einmal vor acht Jahren. Es wurde damals ins Leben gerufen und musste dann wieder eingestellt werden. Das ist so.

Die Gründe sind sicher unterschiedlicher Art und Weise. Vielleicht braucht es da wirklich auch eine Offenheit in Bezug auf wie allfällig ein solches Angebot, in welche Richtung auch immer, vielleicht auch ein bisschen losgelöst vom Anzugstext, dann wieder in die Richtung gehen könnte, um allfällige Projekte, wie sie auch von Regierungsrat Lukas Engelberger erwähnt worden sind, in anderen Bereichen umzusetzen. Vielleicht könnte auch die neu geschaffene Fachstelle Soziales Wohnen beim Kanton eine Rolle übernehmen diesbezüglich, da ist ja auch noch vieles offen.

Gesellschaftliches Ziel ist es ja schon, dass ältere Menschen die nötige Unterstützung erhalten sollten um so lange wie möglich selbstständig und teilhabend in der eigenen Wohnung zu leben. Dieses Projekt würde ja dem wirklich schon auch entsprechen. Gut und gemeinsam älter werden im Kanton Basel-Stadt lautet ja auch unsere Vision. Also ein solches intergenerationelles Projekt, auch wenn es nicht einfach ist umzusetzen, würde eine solche Vision und Zielsetzung mit Sicherheit unterstützen können.

Ich erlaube mir vielleicht einen Blick in unsere Gemeinde Riehen. Diese ist ja eine Gemeinde mit einem sehr hohen Anteil an Rentner und Rentnerinnen, wahrscheinlich einer der höchsten in der Schweiz. Schon allein wegen dieser Tatsache ist es ja eigentlich sehr naheliegend, ein solches Projekt nochmals, vielleicht unter anderen Vorkehrungen und Bedingungen, genauer zu prüfen, vielleicht ist es dann sogar ein Projekt das auf Riehen ausgerichtet ist. Gerade in Riehen mit einer tendenziell vermögenden Bevölkerung könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass ein solches Projekt erfolgsversprechend umgesetzt werden könnte. Auch hat es dort eher den notwendigen leerstehenden Wohnraum in entsprechenden grösseren Liegenschaften mit dem entsprechenden Umschwung und so besteht auch die Gelegenheit, entsprechende Arbeiten im Tausch übernehmen zu können. Aber natürlich sollte dieses Projekt nicht nur auf Riehen ausgerichtet sein, dennoch könnte ich mir vorstellen, dass es da ein gewisses Interesse geben könnte. Aber es kann auch in anderen Quartieren unserer Stadt funktionieren. Es muss wahrscheinlich dann, da hat Regierungsrat Lukas Engelberger wahrscheinlich sehr recht, nochmals genau geprüft werden, woran es gelegen ist, dass es damals nicht wirklich zum Fliegen gekommen ist und welche Anpassungen man vornehmen muss, um es nochmals zu prüfen.

Dies gäbe es noch einmal zu prüfen und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

*David Jenny (FDP):* Die Tauschwohnung Miete gegen Arbeit – ist das nicht ein mietrechtlich verpöntes Koppelungsgeschäft?

*Oliver Bolliger (GAB):* Mietrechtlich wahrscheinlich schon, aber auf Freiwilligkeit basierend wahrscheinlich nicht.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Meines Erachtens und im Erachten der LDP hat der Regierungsrat bereits jetzt alles beantwortet. Das muss man nicht noch einmal eingeben. Ich habe Mühe, wenn Oliver Bolliger dann sagt, man könnte es ja noch einmal prüfen. Acht Jahre sind lange, einverstanden, aber die Situation hat sich nicht verändert. Liberale Grundprinzipien setzen ja immer wieder auf Eigenverantwortung und es steht doch jedem frei, den Wohnraum so zu nutzen, so wie er oder sie will. Senioren sollten selber entscheiden, ob sie solche Partnerschaften eingehen wollen, ohne dass der Staat da Projekte lenkt.

Grossen Respekt habe ich bei solch subventionierten Projekten, dass es zwangsläufig eine vermehrte Bürokratie gibt. Oliver Bolliger ja auch davon gesprochen, dass andere Institutionen eingreifen könnten in dem Moment. Da habe ich eher dann Respekt davor, dass denen das Geld zu kurz ist und dass dann Ressourcen falsch angewendet werden und zusätzlich nach oben darauf kommen. Das Parlament ist dafür da, dass das Budget wieder erhöht wird.

Also im Grossen und Ganzen, auch im Namen der FDP, bitte ich Sie, den Anzug abzulehnen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin das Wort.



*Amina Trevisan (SP):* Dieser Anzug entstand aus einem Austausch mit der Basler Seniorenkonferenz 55 Plus, die ein Generationenleitbild entworfen hat. Rund 42 Prozent der Senior:innen in Basel-Stadt leben laut dem Bundesamt für Statistik alleine. Viele davon leiden nicht nur unter Einsamkeit, sondern benötigen vermehrt Unterstützung im Alltag. Zudem haben sie oftmals 1 oder 2 leere Zimmer in der Wohnung oder im Haus. Gleichzeitig wird bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für Studierende und Auszubildende, in den Städten immer knapper. Das Projekt Wohnen für Hilfe bringt diese beiden Gruppen zusammen. Das Prinzip dahinter ist so einfach wie nachvollziehbar: Senioren und Seniorinnen, die ein Zimmer übrig haben, stellen es Studierenden oder jungen Menschen in der Ausbildung, die nur ein geringes Einkommen aufweisen, zur Verfügung. Als Gegenleistung helfen diese ihnen im Haushalt oder Garten oder übernehmen andere kleine Dienstleistungen und Hilfeleistungen im Alltag. Als Tauschregel gilt, eine Stunde Hilfe pro Monat pro m<sup>2</sup> Wohnraum. Im Vordergrund steht der Austausch zwischen den Generationen.

In der Schweiz können in mehreren Kantonen, wie zum Beispiel St. Gallen oder Zürich Studierende bereits jetzt ein freistehendes Zimmer einer älteren Person beziehen und dieser als Gegenleistung im Alltag unter die Arme greifen. Dieses Projekt wurde auch von der Fachhochschule überprüft und für gut befunden. Ein wesentlicher Punkt ist die finanzielle Unterstützung. Im Kanton Zürich wird das Projekt von Pro Senectute durchgeführt und in St. Gallen macht es der Verein Benevol. Sie vermitteln diese Zimmer an Junge, und es ist erfolgreich. Ich sehe jetzt im Vergleich zu Basel-Stadt vor acht Jahren das Problem darin, dass damals WOVE keine finanzielle Unterstützung erhalten hatte. Deshalb lief das Projekt damals nicht gut an.

Ich persönlich bin überzeugt, dass dieses Projekt eine zweite Chance verdient, aber mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet sein muss. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**52 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005356, 19.12.24 16:20:28]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Anzug überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

### **58. Anzug 36 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mammografie-Screening-Programm soll auch jüngere und ältere Frauen miteinbeziehen**

[19.12.24 16:20:40, 24.5406.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie sind auf den Anzug eingetreten.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



## 59. Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren

[19.12.24 16:21:05, 24.5407.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller. Er hat das Wort.

*Beat K. Schaller (SVP):* Der Velogott in unserem Kanton treibt wieder einmal seltsame Blüten. In diesem Anzug wird in einer Selbstverständlichkeit von Zwangsmassnahmen zur Einrichtung von Veloabstellplätzen gesprochen, und das noch von einer Partei, welche das Wort liberal im Namen führt, bedenklich. Doch der Reihe nach.

Zuerst zur Forderung, die Regelung zur Einrichtung von Veloabstellplätzen auf öffentlichem Grund abzuändern: Damit verbunden ist eine Aufweichung des Nachweises, dass auf Privatgrund keine Veloabstellplätze eingerichtet werden können. Die dazugehörige Forderung des Anzugs lautet, ob und wie alternativ dazu die Vermieterschaft stärker in die Pflicht genommen werden kann, Veloabstellplätze für ihre Mieter:innen zu schaffen, wenn auf der Liegenschaft genügend Platz dafür vorhanden ist. Jedem, der noch nicht ganz dem Staatswahn verfallen ist, läuten hier die Alarmglocken. Stärker in die Pflicht nehmen ist ein Euphemismus für Zwangsmassnahmen, und das lehnen wir von der SVP kategorisch ab. Will der private Grundbesitzer auf seinem privaten Grundstück keine Veloabstellplätze einrichten, dann gibt es keine Veloabstellplätze, fertig, Punkt, Schluss, Ende der Diskussion. Mit dem Gedanken von Zwangsmassnahmen zeigt die GLP doch ein sehr bedenkliches Verständnis von liberal (das Protokoll möge vermerken, der Votant schüttelt den Kopf).

Weiter im Anzug: Die Abstellplätze auf öffentlichem Grund sollen mit Anschliessmöglichkeiten versehen werden. Es ist tatsächlich so, dass in einer hoch kriminellen Stadt wie Basel nicht angebundene Velos schnell einmal gestohlen werden, und das ist das Risiko des Velo-Besitzers. Es gibt genügend Vorrichtungen auf dem Markt, welche ein Velo funktionsuntüchtig machen und damit für den potenziellen Dieb unattraktiv machen. Und sollte dieser Punkt des Anzugs umgesetzt werden, dann fordere ich namens der SVP, dass auch für Autos diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten von Staates wegen angeboten werden.

Weiter die Forderung, dass der Steuerzahler Velos vor Regen schützen soll. Das können wir unter «es darf gelacht werden» ablegen. Immerhin zeigt der Anzugsteller hier etwas Humor. Ganz bedenklich wird es aber bei der nächsten Forderung: Velos sollen auch auf Trottoirs abgestellt werden dürfen, sogar wenn kein direkter Zugang von der Strasse bis zum Abstellplatz besteht. Um also zu einem solchen Abstellplatz zu gelangen, muss zwingend auf dem Trottoir gefahren werden, da ja wie gesagt kein Zugang von der Strasse her besteht. Und dass dann jemand sein Velo schiebt, gerade in Basel, das dürfen wir mit circa hundertprozentiger Sicherheit ausschliessen. Damit wird das Velofahren auf dem Trottoir für alle durch die Hintertür erlaubt. Dann fährt man auf das Trottoir und sagt, ich darf auf dem Trottoir fahren, denn dort hinten, in 100 Metern, hat es einen Abstellplatz und da kann ich ja dazukommen. Und alle, die Behinderten, Fussgänger, Jüngere und Eltern sind dann die Gelackmeierten, aber wen kümmert das schon, Hauptsache, dem Velogott wird gehuldigt.

Also ich bitte Sie namens der Fraktion der SVP, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Beat K. Schaller hat schon einiges gesagt und eines können Sie mir auch glauben, Autofahrende können ihr Auto selber abschliessen und werden da in Zukunft auch keine Lösungen fordern. Aber wenn wir schon von Autofahrern reden, wir hatten im November hier eine Diskussion, wo es um Autoparkplätze ging. Diese sollten mehr verursachungsgerecht abgegolten werden. Heute fordern Sie hier Anschliessmöglichkeiten und Überdachungen für Velos. Werden diese dann auch verursachungsgerechter bezahlt von den Nutzern?

Und wenn Sie dann von den Vermietern fordern, dass sie zusätzlich zur Erstellungspflicht bei Neubauten auch noch bei bestehenden Bauten Veloabstellplätze einrichten, werden auch diese dann verursachergerechter von den Nutzern bezahlt? Sie können mir nachher die Antwort darauf geben.

Noch ein paar Worte von Vermietern, wie die heutige Situation ausschaut bei diesen Veloabstellplätzen. Vielfach werden diese nicht genutzt, weil sie vielleicht nicht ganz ideal direkt vor der Haustüre sind und man ein bisschen in den Hinterhof gehen muss, weil die Velofahrer ja verständlicherweise das Fahrzeug direkt vor der Haustür platzieren wollen. Es ist auch so,



dass viele von diesen Veloabstellplätzen zweckentfremdet werden. Man hört von Kinderwagen und eben von alten und defekten Velos. Das sieht man übrigens auch bei den Bahnhöfen, wie viele Velos da defekt sind und nicht gebraucht werden. Das könnten wir auch einmal anschauen.

Würden sich also die Velofahrer auch verursachergerechter an den Parkplätzen beteiligen? Ich fordere das nicht, ich stelle nur die Frage. Ich glaube, wir können uns diese Diskussion sparen hier drin.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von Jérôme Thiriet.. Sie wird entgegengenommen.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Wissen Sie, wie viel ein m<sup>2</sup> für den Veloparkplatz kostet und wie viel das für das Velo ausmachen würde?

*Daniel Seiler (FDP):* Wenn wir es beim Cargovelo angehen würden, dann gehen wir von etwa 20 bis 25% eines Autoparkplatzes aus. Man könnte das mal verrechnen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ich sehe das einiges entspannter als meine Vorredner und werde nicht an die Dramatik von Beat K. Schaller herankommen. Ich spreche auch für das GAB und wir möchten beide den Anzug unterstützen.

Der Anzug möchte eine Reihe von dringenden Anpassungen der Praxis für Veloabstellplätze in den Quartieren prüfen. Die Frage, wo Velofahrende ihre Fahrräder sicher und nicht als Verkehrshindernis abstellen können, betrifft nicht nur die Innenstadt, sondern auch die Aussenquartiere, die eben Lukas-Bollack anspricht. Dieser Vorstoss nimmt genau diese Problempunkte in den Blick, denn aktuell kann es vorkommen, dass weder auf privatem noch auf öffentlichem Grund Veloabstellplätze zur Verfügung stehen. Auf Privatgrundstücken liegt es im Ermessen der Vermieterschaft, ob Abstellplätze eingerichtet werden oder nicht, und von einem Zwang habe ich jetzt Weissgott nichts gelesen im Anzug.

Wenn aber keine Veloabstellplätze angeboten werden, dann sind die Velobesitzenden eben gezwungen, auf die Allmend auszuweichen. Doch auf öffentlichem Grund sind die Bedingungen zur Einrichtung oft so eng gefasst, dass kaum praktikable Lösungen entstehen. Es fehlen häufig Witterungsschutz und Anschliessmöglichkeiten, was zu einer erhöhten Diebstahlgefahr führt und den Nutzungskomfort stark einschränkt.

Der Antrag fordert aus unserer Sicht eine pragmatische Lösung, die es erlaubt, Veloabstellanlagen auch ohne direkte Zufahrt von der Strasse auf öffentlichem Grund einzurichten, sofern ausreichend Platz besteht. Unserer Meinung nach kann man das Velo dann auch schieben, oder den Zugang verstehe ich auch so, dass man zwischen zwei Autos hindurch aufs Trottoir gelangt, dass also nicht Hunderte von Metern über das Trottoir gefahren werden muss.

Diese flexible Handhabung könnte den Strassenraum entlasten und vorhandene Flächen effizienter nutzen, ohne den Fussverkehr einzuschränken und ohne dass Parkplätze dafür weichen müssen. Deshalb bitten wir Sie, dem Vorstoss zuzustimmen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

*David Jenny (FDP):* Für mich ist «in die Pflicht nehmen» ein Euphemismus für Zwingen. Liege ich da völlig falsch?

*Jean-Luc Perret (SP):* Für mich ist Prüfen eben kein Euphemismus für «in die Pflicht nehmen». Es ist ein Anzug, keine Motion.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Es gibt zwei Punkte, die ich noch einmal betonen möchte. Erstens, wenn auf öffentlichem Grund Parkplätze für Velo eingerichtet werden sollen, dann ist zu erwarten, dass es gleich gehandhabt wird wie bei den Autos. Und



es gibt Parkplätze für Cargovelos, zwei Cargovelos brauchen so viel Platz wie mindestens ein Kleinwagen, wenn es also darum geht, dass man ausrechnen will, wie viel das kostet.

Und dann ein wichtiger Punkt ist, dass es für mich nicht sinnvoll ist, dass Velos auf dem Trottoir fahren sollen. Das funktioniert nicht. Selbst auf Wegen, wo auf der einen Seite Fussgänger gehen und auf der anderen Seite Velofahrer, funktioniert es nicht, selbst wenn steht, nur Schrittempo fahren. Und Trottoirs sind nicht nur da für Behinderte und ältere Personen, es geht auch um Kinder, die das Trottoir benützen, man bringt ihnen bei, dass sie sich auf den Trottoirs frei bewegen dürfen. Ich rede auch als Hundebesitzerin. Selbst wenn ich ihn an der Leine führe, darf er das Trottoir ausnutzen. Wenn dann von hinten ein Velo kommt, dann kann das ganz dumm herauskommen, weil das einfach so nicht funktioniert. Also Velos auf den Trottoirs fahren zu lassen ist nicht sinnvoll.

Und deswegen ist die LDP ganz klar gegen die Überweisung dieses Anzugs.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Lukas Bollack das Wort.

*Lukas Bollack (GLP):* Da stehen jetzt einige wilde Behauptungen und Befürchtungen im Raum. Ich erkläre Ihnen jetzt deshalb kurz, worum es mir eigentlich geht in diesem Anzug.

Wie Jean-Luc Perret vorher schon ausgeführt hat, gibt es heute einfach Situationen, in denen Mieterinnen und Mieter bei den Veloabstellplätzen «zwischen Stuhl und Bank fallen», dann nämlich, wenn auf ihrer Liegenschaft zwar Platz für ein Veloabstellplatz vorhanden wäre, ihr Vermieter oder ihre Vermieterin aber keinen einrichtet. Dann hat man heute nach der geltenden Praxis keinen Anspruch auf die Einrichtung eines Veloabstellplatzes auf öffentlichem Grund. Hier hätte ich gerne, dass die Regierung prüft, ob man die Praxis zur Gewährung von Veloabstellplätzen auf öffentlichem Grund anpassen kann, um diesen Menschen zu helfen, oder ob es möglicherweise Werkzeuge gäbe, um die Vermieterschaft dazu zu motivieren, Abstellplätze einzurichten. Das muss auch kein Zwang sein. Positive Anreize sind auch erlaubt, auch wenn ich zugebe, dass die Formulierung im Anzug da vielleicht ein bisschen unsensibel war. Aber ich denke, in Form eines Anzugs kann man da ein bisschen Flexibilität walten lassen.

Zudem soll es ermöglicht werden, dass Abstellplätze auf dem Trottoir eingerichtet werden, auch wenn kein direkter Zugang von der Strasse her besteht. Es gibt zum Beispiel viele Situationen in Baumalleen mit vorgelagerten Autoparkplätzen, wo nach der geltenden Praxis keine Abstellplätze zwischen den Bäumen eingerichtet werden dürfen. Der einzige Ausweg ist in diesem Fall, Autoparkplätze zugunsten von Veloabstellplätzen aufzuheben. Das finde jetzt sogar ich unnötig. Es ist wirklich nicht schlimm, wenn man das Velo ein paar Meter auf dem Trottoir schieben muss bis zum Abstellplatz.

Viele Leute stellen ihr Velo heute in solchen Situationen sowieso auf dem Trottoir ab, was auch völlig legal ist, solange man noch genügend Platz übrig lässt. Aber teilweise lässt man den Platz dann eben nicht übrig, was dann zu Konflikten führt. Das will ja auch niemand. Auf dem Trottoir abgestellte Velos sind zudem sehr Diebstahl gefährdet, was gerade in unserem Kanton, wie wir alle wissen, ein sehr grosses Problem ist.

Also geordnet auf Veloabstellplätzen statt wild auf dem Trottoir abgestellte Velos mit besserer Diebstahlsicherung und vielleicht sogar Witterungsschutz und weniger aufgehobene Autoparkplätze – dagegen jetzt wirklich niemand sein. Ich freue mich, dass die meisten Fraktionen das auch so sehen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Damit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**54 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005359, 19.12.24 16:36:19]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Anzug mit 54 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen überwiesen.

## **60. Anzug 38 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Neubeurteilung der Frühlingsferien**

[19.12.24 16:36:33, 24.5413.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## **61. Anzug 39 Tobias Christ und Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Anstellung pflegender Angehöriger durch Spitex Organisationen**

[19.12.24 16:36:47, 24.5414.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## **62. Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehrlicht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme**

[19.12.24 16:37:13, 24.5415.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Man hat mir vor Kurzem beschieden, dass man Anzüge, bei denen man als einzige Fraktion eine andere Meinung hätte, nicht bestreiten solle. Ich sehe das nicht ganz so. Einerseits haben Sie alle ein Anrecht darauf zu wissen, weshalb bestreiten. Zweitens, wenn wir bestreiten wollen, dann wollen wir eben gegen ein solches Ansinnen stimmen, also sollte man das auch dürfen und drittens muss ich schliesslich auch noch den Tatbeweis antreten, dass ich nicht in allem Daniel Sägesser folge.

Iudex non calculat. Und in diesem Saal sitzen jede Menge Juristen. Ich rechne fürs Leben gern. 60 Gigawattstunden Energie, die offensichtlich verpufft werden. Ich glaube, diese Zahl. Das entspräche dem Abfall von etwa 100'000 m<sup>3</sup>, oder anders formuliert einem Würfel von 50 Metern Kantenlänge, oder wenn Sie es lieber als Becken machen. ein Becken von 100 mal 100 Meter etwa 12 Meter hoch.



Wenn Sie die gleiche Energie in Form von zum Beispiel Heizöl speichern wollen, brauchen Sie rund einen Zwanzigstel des Volumens. Keine Angst, ich schlage Ihnen nicht vor, dass wir in Zukunft Fernwärme per Heizöl produzieren. Aber wir können die überschüssige Energie dazu nutzen, eFuse zu produzieren – das ist ein Steckenpferd von mir – und dieses eFuse braucht dann eben einen Zwanzigstel des Volumens des Abfalls in diesem grossen Speicher. Und diese Überlegung haben wir uns gemacht und aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen, auch wenn es chancenlos ist, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Daniel Sägesser das Wort.

*Daniel Sägesser (SP):* Ich war bis zum Schluss nicht ganz sicher, ob ich hier überhaupt sprechen darf zu diesem Vorstoss und ich war gespannt wie ein Flitzerbogen, auf welchen Einwand dass ich reagieren muss und ich habe tatsächlich nicht mit dem Thema E-Fuels gerechnet, zudem Lorenz Amiet und ich gemeinsam einen Vorstoss gemacht haben vor nicht allzu langer Zeit.

Ich bin aber mit Ihnen einig, ich habe das ja auch in der Medienarbeit mit einer schönen Visualisierung versucht darzustellen, dass das tatsächlich eine sehr sehr grosse Halle wird, wenn man das so macht, wie ich mir der das vorstelle. Ich habe ausgerechnet, dass die die Nutzung des unverbrannten Kehrtrichts als saisonaler Speicher eine sehr günstige Geschichte ist, um sehr grosse Mengen Energie zu speichern. Und da sind wir bei den E-Fuels noch nicht so weit.

Aber es ist ja ein Anzug, zu prüfen und zu berichten, und wenn der Regierungsrat das Protokoll lesen wird, kann der dieses Thema ja bei der Anzugsberatung mitdenken. Daran bin ich auch sehr interessiert und würde mich deshalb freuen, wenn Sie diesen Anzug nun dem Regierungsrat überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Meinen Sie nicht, dass es extrem geruchsproblematisch wird, diese ganze Geschichte?

*Daniel Sägesser (SP):* Nein, ich glaube nicht. Sie können sich vermutlich vorstellen, dass ich mich sehr intensiv mit der Materie beschäftigt habe bei der Erarbeitung dieses Vorstosses, und ich habe meiner Meinung nach eine Lösung gefunden, dass wir den Abfall trocknen können und so sehr geruchsarm einlagern können.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen somit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**66 Ja, 11 Nein, 11 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005363, 19.12.24 16:42:20]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen an den Regierungsrat überwiesen.



**63. Anzug 41 Joël Thüring und Konsorten betreffend Fr. 35.- statt 75.- in Basel-Landschaft: Überprüfung der Gebühren für den Führerausweis im Kanton Basel-Stadt**

[19.12.24 16:42:32, 24.5417.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**64. Anzug 42 Hanna Bay und Konsorten betreffend Unterstützung für Angehörige und Kinder von inhaftierten Personen**

[19.12.24 16:43:03, 24.5418.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**65. Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH**

[19.12.24 16:43:28, 24.5419.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Sandra Bothe Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Der Praxisteil der Ausbildung zur Lehrperson an der Pädagogischen Hochschule ist ein integraler Bestandteil des Studiums und ermöglicht den Studierenden, ihre theoretischen Kenntnisse direkt im schulischen Alltag zu erproben und zu vertiefen. Dabei spielen die Praxislehrpersonen eine entscheidende Rolle. Sie begleiten, fördern und reflektieren gemeinsam mit den Studierenden deren berufliche Entwicklung im Prozess des Lehrens und Lernens. Für diese anspruchsvolle und verantwortungsvolle Aufgabe erhalten die Fachpersonen eine Entschädigung, die im Vergleich zu anderen Kantonen eher bescheiden ausfällt.

Das Ziel der Antragstellenden, die Ausbildung der Lehrperson aufzuwerten, kann wirksam erreicht werden, wenn verstärkt in die Vergütung der Praxislehrpersonen investiert würde. Wir würden damit nicht nur die Ausbildungsqualität verbessern und die Attraktivität des Lehrberufs erhöhen, sondern würden ebenso dafür sorgen, dass genügend qualifizierte Praxislehrpersonen gewonnen werden.

Eine Vergütung der Praktika würde aber Ungleichheit innerhalb der PH FHNW schaffen. Studierende aus Basel-Stadt, die in Basel-Landschaft, Solothurn oder Aargau ihr Praktikum absolvieren, erhielten keine Entschädigung, während Studierende aus diesen Kantonen im Kanton Basel-Stadt entschädigt würden. Eine Harmonisierung mit den anderen Trägerkantonen der FHNW soll zwar geprüft werden, wäre aber mit administrativem und hohem finanziellen Aufwand für die Kantone verbunden, womit die Chancen für eine Umsetzung leider sinken. Die Grünliberalen dünkt deshalb den Weg über die Stärkung der Praxislehrpersonen sinnvoller und erfolgsversprechender.

Der Vorstoss zielt weiter auf die Gleichbehandlung aller Studierenden ab, die ein Praktikum absolvieren, unabhängig von ihrer Studienrichtung an der FHNW oder der Universität Basel. Es dünkt mich aber wichtig zu erwähnen, dass sich die Form und Ausgestaltung eines Praktikums sowie dessen Zweck deutlich unterscheiden können. Bei den Praktika der



Pädagogischen Hochschule beispielsweise steht nicht die Arbeitsleistung der Studierenden im Vordergrund, sondern die Beurteilung ihrer Kompetenzen. Auch der Vergleich mit einem Praktikum als Klassenassistent greift zu kurz, da es sich hierbei nicht um ein Ausbildungsverhältnis handelt.

Auch wenn die GLP das Anliegen der Antragstellerin, das PR-Studium attraktiver zu gestalten zu wollen, nachvollziehen kann, halten wir die Entschädigung der Praktika nicht für den richtigen Weg. Aufgrund dieser Überlegungen empfehlen wir trotz der Sympathien für den Vorstoss, ihn nicht zu überweisen.

Ich möchte noch eine Anmerkung zur finanziellen Belastung der PH-Studierenden aufgrund der fehlenden Praktikumsentschädigung machen. Grundsätzlich haben alle Studierenden die Möglichkeit, neben ihrem Studium einer Arbeit nachzugehen, unabhängig von ihrer Studienrichtung und Art der Tätigkeit. Für Studierende der Pädagogischen Hochschule ergibt sich dabei jedoch ein besonderer Vorteil. Aufgrund des Fachkräftemangels finden sie bereits ab dem ersten Studientag eine Anstellung an einer Schule. Mittlerweile arbeitet die Mehrheit der PH-Studierenden nebenbei in Schulen und verdient so einen Teil ihres Lebensunterhalts. Ob diese Entwicklung im Hinblick auf die Ausbildungsqualität sinnvoll ist, möchte ich an dieser Stelle nicht bewerten. Fest steht jedoch, dass Studierende, die auf ein zusätzliches Einkommen angewiesen sind, die Möglichkeit haben, dies zu realisieren.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat. Sie wird entgegengenommen.

*Jo Vergeat (GAB):* Wissen sie, wie gut vereinbar es ist, an der PH zu studieren und nebenbei zu arbeiten?

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Ich weiss, es ist schwierig, es betrifft aber nicht nur die Studierenden, sondern auch die Quereinsteiger. Ich weiss, an der PH ist es schwierig, aber auch in anderen Studienrichtungen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Ich bitte Sie auch im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Eine Lehrerausbildung soll mit Lohn aufgewertet werden. Soll dies nun als Motivationsinstrument eingeführt werden? Grundsätzlich stellt sich ja die Frage, inwieweit die Praktikanten tatsächlich eine grosse Unterstützung sind. Praktikanten werden vermehrt eingesetzt, weil wir einen Lehrermangel haben. Das ist ungerecht, aber ist vor allem der Unterrichtsqualität nicht dienlich. Es ist auch von Seiten der Praxislehrpersonen ein enormer Aufwand, die Praktikanten durch die praktische Ausbildung zu begleiten. Vielmehr sollte man sich hier die Frage stellen, ob nicht die Vergütung der Praxislehrpersonen überprüft werden soll.

Wenn Basel-Stadt Praktikantenlöhne für PH-Studierende einführen würde, haben die Praktikanten in den anderen drei Trämerkantonen immer noch keine Löhne. Hier hinzuwirken kann man machen, aber erreichen wird man nichts, vor allem wenn wir bedenken, wie wir vor einem Monat bereits in Bezug auf die FHNW die finanzielle Situation der Nachbarkantone besorgt zur Kenntnis nehmen mussten, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Wir können nicht den Steuerzahlern zumuten, allen Praktikanten, egal welcher Studienrichtung, zwecks Ausbildung einen Praktikumslohn zu bezahlen. Es ist auch schwierig abzuschätzen, wo eine tatsächliche Arbeitsleistung erbracht wird. Nicht alle Praktikanten sind mit ihrer Arbeit quasi gleichviel wert. Auch hier können wir nicht einfach pauschalisieren. Oft ist eine Betreuung der Praktikanten teuer, weil sehr viele Ressourcen dafür benötigt werden. Dies kann sich die Privatwirtschaft vielleicht eher leisten, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es sich bei uns um Steuergelder handelt und daher hinkt der Vergleich enorm.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Die LDP hat versehentlich in der Kreuztabelle ein Plus eingetragen. Wir werden den Anzug aber nicht überweisen. Ich begründe: Die Praktika im Rahmen des Studiums an der PH FHNW haben Ausbildungscharakter, wir haben es bereits schon von meinen Vorrednerinnen gehört. Sie dienen dem Sammeln von Praxiserfahrung und sind Teil des Studiums. Sie sind vorgeschrieben, um den Abschluss zu erlangen. Aus diesem Grund schliessen die Studierenden eine Praktikumsvereinbarung mit der FHNW ab und keinen Arbeitsvertrag mit dem ED beziehungsweise mit dem Kanton. Meines Wissens sind die Voraussetzungen für eine Entlohnung, dass das Praktikum freiwillig ist und länger als drei Monate dauert.



Das trifft auf die Praktika im Rahmen des Studiums an der PH FHNW nicht zu. Die Praktika der Klassenassistenten sind meines Wissens länger und werden daher anders gehandhabt.

Wir sehen also keine Umsetzungsmöglichkeiten für das Anliegen dieses Anzugs und beantragen Ihnen, diesen nicht zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächste Sprecherin des Leoni Bolz.

*Leoni Bolz (SP):* Die Praktika sind in der Ausbildung zur angehenden Lehrperson, das kenne ich aus eigener Erfahrung, sehr wertvoll. Dass es innerhalb der Praktika in den verschiedenen Hochschulausbildungen Lohndifferenz gibt, ist nicht hinnehmbar. Praktikant:innen sind nicht fertig ausgebildete Fachkräfte, ja, aber dies ist auch bei anderen vergleichbaren Praktika an Hochschulen der Fall. Das heisst, wir müssen hier vereinheitlichen und nicht willkürlich entlönnen oder eben gar nicht entlönnen.

Dass die Lehrpersonen oder die angehende Lehrpersonen, die auf dem Arbeitsmarkt gesucht sind, zusätzlich beim Studium behindert werden, da die Finanzierbarkeit von Teilzeitstudien erschwert wird, ist nicht nachvollziehbar. Es ist daher nur folgerichtig, dass hier eine Anpassung angestossen wird. Die PH hat immer wieder mit ihrem Ruf zu kämpfen, dies erhöht die Attraktivität der Lehrpersonenausbildung nicht.

Eine angemessene Entlohnung und eine Harmonisierung ist daher in jeder Hinsicht unterstützenswert. Ich bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Erich Bucher.

*Erich Bucher (FDP):* Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen als das, was bereits diskutiert wurde. Gemäss Aussage der FHNW in der Presse dieser Woche zu den offenbar immer noch nicht beendeten Diskussionen rund um die IT-Probleme im letzten Sommer zeigen auf, dass das grösste Problem der FHNW ist, dass die Studierenden eine maximale Flexibilität bei der Vorlesungsbelegung fordern. Einer der Gründe für diese geforderte Flexibilität ist die Tatsache, dass die meisten Studierenden an der PH FHNW bereits feste Anstellungen haben und so versuchen, den Einklang zwischen Beruf und Studium zu optimieren. Gemäss Aussage der PH geht es so weit, dass die Studierenden dabei die Priorität zuerst auf die Berufsausführung setzen und erst danach auf das Studium. Man braucht ja schlussendlich doch ein Papier.

Wenn also das Gros der PH-Studierenden bereits im Beruf arbeitet, braucht es diesen Anzug wirklich nicht. Sie sind ja bereits bestens entlohnt. Falls jetzt der Vorwurf kommt, dass nicht alle angestellt sind, dann bitte ich den Regierungsrat, sollte der Anzug überwiesen werden, auf diese Klientel zu fokussieren und den Rest liegen zu lassen. Ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Nächster Sprecher ist Laurin Hoppler.

*Laurin Hoppler (GAB):* Bei den einen ist es länger her, bei den anderen noch nicht so lange, aber wir hier haben vermutlich alle schon einmal ein Praktikum gemacht. Studiert man an der PH, ist ein Praktikum ein sehr zentraler Teil des Studiums. Die Praktika sind wichtig und es ist eben auch richtig, dass sie so ein zentraler Teil des Studiums sind und das auch bleiben.

Aber sie bringen ein Problem mit sich. Sie ermöglichen einem in vielen Fällen nicht, neben dem Studium zu arbeiten und Geld zu verdienen, um den Lebensunterhalt und das Studium zu finanzieren. Es ist offensichtlich, dass das die Vereinbarkeit von Ausbildung und Lebensunterhalt erschwert, und genau das trifft wieder Menschen am meisten, die in finanziell weniger privilegierten Verhältnissen leben. Das kann einfach nicht sein.

Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir den Zugang zum Studium zur Lehrperson mit solchen Missständen und Ungleichheiten erschweren wollen oder ob wir die Situation verändern und den Zugang attraktiver und einfacher machen wollen.

Es ist halt einfach nicht ganz fair, während man in einer anderen Ausbildung, sei es in der Medizin, in der sozialen Arbeit und vielen weiteren Studiengängen etwas verdient, geht man bei einem Praktikum an der PH einfach leer aus. Und ich sehe nicht ganz den Unterschied zwischen einem Praktikum, das man in der sozialen Arbeit macht, das genauso Teil des Studiums ist, bei dem man auch bewertet wird und es auch um die Arbeitsleistung geht, nicht ganz. Wieso soll man dort bezahlt werden und an der PH nicht? Am Schluss arbeiten beide zusammen wieder im Schulzimmer und mache einen ähnlichen Job und



haben eine ähnliche Ausbildung hinter sich, einfach in zwei verschiedenen Bereichen. Und das ergibt für mich einfach keinen Sinn.

Und es ist jetzt oft gesagt worden, man habe wieder keinen Einfluss darauf oder man sei nicht beim Kanton angestellt, oder in anderen Kantonen sei es ja auch nicht so. Okay, in anderen Kantonen mag es auch nicht so sein. Da gibt es zwei Sachen. Erstens, Basel-Stadt könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und zweitens machen wir Politik für unseren Kanton, wir können nicht über andere Kantone entscheiden, aber wir und vor allem der Regierungsrat kann ein Signal senden an die FHNW und dann vielleicht auch zum Denken in anderen Kantonen anregen.

Ich glaube, es ist einfach Realität und man muss die Bedingungen verändern, um ein modernes Hochschulstudium anbieten zu können. Es ist schade, dass jetzt noch Abweichungen von der Kreuztabelle kommen. Ich persönlich möchte jetzt einfach wirklich noch einmal alle, die vielleicht noch unentschieden sind, zum Überlegen anregen, ob es wirklich fair ist, dass jemand in der sozialen Arbeit ein bezahltes Praktikum macht und ein Studierender oder eine Studierende an der PH ein unbezahltes Praktikum macht, und diese Leute sich nachher wieder im Schulhaus treffen und zusammenarbeiten.

Überlegen Sie sich, welches Signal Sie senden wollen. Es ist ein Anzug. Die Regierung soll sich damit befassen. Sie will es ja offensichtlich auch, da Sie bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen, und daher möchte ich Sie im Namen des GAB bitten, den Anzug zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Antragstellerin Fina Girard das Wort.

*Fina Girard (GAB):* Danke für die unterstützenden Voten. Ich finde, es war eine spannende und sehr wichtige Debatte. Auch ich bin einverstanden, die Praxisausbildung ist ein entscheidender Teil der Lehrpersonenausbildung und enorm wertvoll, und ich bin einig mit Erich Bucher, dass sich die Haltung, wie Ausbildung und Beruf vereinbart werden können im PH-Studium, verändert hat. Das ist logisch, weil auch die PH sich verändert hat. Es ist kein Lehrerseminar mehr mit fixen Klassen und Stundenplänen, sondern es ist eine Pädagogische Hochschule, die flexibel gestaltet werden kann. Jeder kann selbst entscheiden, an welchen Tagen man studiert, welche Module man wann belegt und das hat natürlich eine Verhaltensveränderung der Studierenden zur Folge. Heute arbeiten 70 Prozent der PH-Studierenden neben dem Lehrpersonenstudium und finanzieren sich so ihre Ausbildung zu einem grossen Teil selbst. Diese Entwicklung kann man gut oder schlecht finden, ich finde sie sehr begrüssenswert für die Chancengleichheit, aber wie es auch schon gesagt wurde, die Möglichkeit der Quereinsteiger, die enorm wichtig sind in Zeiten des Lehrpersonenmangels, dort eine Ausbildung weiterhin zu machen, muss bleiben.

Aber natürlich, es verändert die Art und Weise, wie diese Ausbildung strukturiert werden soll und dort hinkt der aktuelle Lehrplan eben auch noch nach. Das Praktikum wird zur Herausforderung, wenn plötzlich Vollzeit ein Praktikum geleistet werden soll, während man sonst ein, zwei, drei Tage pro Woche arbeitet und in dieser Zeit dann auch noch der Lohn ausfällt. Das führt zu finanziellen Engpässen und erschwert die Vereinbarkeit von Studium und im Lebensunterhalt.

Solche unbezahlte Praktika sind nicht zeitgemäss und Laurin Hoppler hat das bereits aufgezeigt, im sozialen Arbeitsstudium haben wir eine sehr vergleichbare Situation, wo die Praktika gezahlt werden. Auch ich bin aktuell in einer ähnlichen Situation. Ich habe einen Vertrag mit der Universität, dass ich für den Abschluss meines Bachelors ein Praktikum absolvieren muss. Dieses Praktikum hat eine Mindestdauer von zehn Wochen, also ebenfalls weniger als drei Monate, und ich werde bezahlt und bin froh darüber. Es wurde gesagt, diese jungen Lehrpersonen seien keine Unterstützung im Berufsalltag. Auch im Hebammenstudium werden die Praktikantinnen bezahlt und auch dort muss zu jedem Zeitpunkt eine erfahrene Praxislehrperson, eine erfahrene Hebamme dahinterstehen, jeden Handgriff kontrollieren. Das ist eine Situation, die es in verschiedenen Ausbildungen gibt, und auch dort werden sie bezahlt. Diese Situation haben wir einfach in der PH nicht.

Ich möchte noch zum Abschluss sagen, ich erwarte ja auch keinen Mindestlohn, mir ist das komplett bewusst, dass das nicht so ausgerichtet werden kann. Es geht um eine Wertschätzung der Arbeit, die diese jungen Menschen leisten, die einen Beitrag leisten dazu, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Ausbildung möglich ist. Und Sie können es gerne in meinem Anzug nachlesen, natürlich müssen wir das zwischen den Kantonen abstimmen. Natürlich braucht es eine Harmonisierung, und deshalb soll dieser Anzug auch prüfen und berichten, wie der Regierungsrat hier eine Harmonisierung vorantreiben kann zwischen den verschiedenen Kantonen. Es ist auch nicht in meinem Interesse, dass dann Studierende auslösen müssen, ob sie jetzt im Kanton Basel-Stadt bezahlt werden oder in Basel-Landschaft eben nicht. Das kann es nicht sein und das ist auch mir bewusst.

Sandra Bothe, ich bin sehr offen für eine Zusammenarbeit, um die Praxislehrpersonen besser zu entlohnen. Ich finde das auch einen wichtigen Aspekt, aber da müssen wir auch zusammenarbeiten auf beiden Ebenen. Das widerspricht sich ja auch gegenseitig nicht.



Ich möchte mich noch bei der Regierung bedanken, dass sie auch hier den Handlungsbedarf anerkannt hat und bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen und ich hoffe, sollte es nicht reichen heute mit diesem Anzug, dass trotzdem diese Sache angeschaut wird und man nach innovativen Modellen sucht, wie diesen jungen Lehrpersonen auf ihrem Weg zu wichtigen Personen für die Zukunft unseres Kantons ein bisschen Wertschätzung entgegengebracht werden kann.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen damit zur Abstimmung.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es gibt einen Stichentscheid.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Da der Statthalter schon abgestimmt hat, muss ich ihn fällen. Das ist immer so, solange der Präsident im Haus ist und ich stimme für Überweisung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

**46 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005367, 19.12.24 17:04:35]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Damit ist der Anzug überwiesen.

## 66. Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit

[19.12.24 17:04:47, 24.5420.01]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Ich staune ich schon immer wieder, welche Kreativität die Genderbewegten beim Umgang mit der deutschen Sprache an den Tag legen. Nicht nur massakrieren sie unsere Sprache, nicht nur wollen sie die Öffentlichkeitszwingen zu einer speziellen Sprache, nein, sie erfinden auch immer wieder neue Wortungetüme. Rund um uns herum bricht die Welt bald auseinander, und der Grosse Rat von Basel diskutiert über geschlechterreflektierte Männerarbeit.

Ein solcher Ausdruck ist weit entfernt vom täglichen Sprachgebrauch und für die nicht Gender-Woke- Bewegten schlicht unverständlich. Ich habe das in meinem privaten Umfeld getestet. Die meisten haben überhaupt nicht verstanden, was dieses Wort bedeutet, die wenigen, die damit etwas anfangen konnten, haben den Kopf geschüttelt. Ja gut, die anderen haben auch den Kopf geschüttelt.

Wer eine solche Sprache benutzt, der zeigt, wie weit er sich von den Problemen unserer Bevölkerung entfernt hat. Solche theoretischen Gedanken und Wortungetüme entstehen in den universitären Elfenbeintürmen der Gender-Woke-Bewegten und haben mit dem täglichen Leben nichts zu tun. Sie sind Elfenbeinturmideen von Elfenbeinturbewohnerinnen, und trotzdem, ich bitte Sie, meine lieben Freunde der linken Politik, bitte machen Sie weiter so, zeigen Sie uns, wie weit sie sich



entfernt haben vom täglichen Leben unserer Mitmenschen und vor allem tun Sie das auch in vier Jahren noch, dann können wir von der SVP uns die Wahlplakate sparen.

Der Inhalt des Anzugs entspricht dem Titel. Es braucht schon eine ganz spezielle Männerverachtung, um solche Forderungen zu stellen. Männer werden in der Gedankenwelt dieses Anzugs als das ewig Böse dargestellt, welche nicht wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft sein können, ohne dass sie in der Tiefe studiert, ihr Verhalten seziert und sie vom Staat via Kompetenzzentrum an der Hand durchs Leben geführt werden. Und statt dass Sie das gemeinsame Leben von Männern und Frauen hervorheben und fördern, stellen Sie Männer und Buben unter Generalverdacht, Sie spalten mit solchen Anzügen die Gesellschaft statt dass Sie vereinen. Und wenn Sie das unbedingt tun wollen, ja natürlich, dann tun Sie das, aber ich verspreche Ihnen, ohne die SVP.

Wir müssen als Parlamentarier, als Mitbürger, als Menschen das Gemeinsame betonen und nicht das Trennende. Wir stehen wie gesagt am Rande eines dritten Weltkriegs. Wir waren schon lange nicht mehr so nahe daran und Sie bringen solchen Flachsinn ins Parlament, weit weg von jeder Realität, vom gesunden Menschenverstand, weg von zwischenmenschlicher Gemeinsamkeit. Statt zu vereinen, spalten Sie. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Könnte es sein, dass Sie jetzt gerade ein sehr gutes Beispiel abgegeben haben für die Notwendigkeit dieses Anzugs?

*Beat K. Schaller (SVP):* Nein.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ich bin schon immer wieder erstaunt, wie dieses Thema offenbar Gewisse hier drin aufrüttelt. Ich hoffe jetzt, mit meinem Votum das Ganze ein bisschen nüchtern auf den Boden zurückzubringen,

Ich finde, Gleichstellung betrifft uns alle, Männer, Frauen und alle Geschlechtsidentitäten. Ich finde auch, wir sind dabei noch nicht am Ziel. Natürlich geht es bei der Gleichstellung zuerst einmal darum, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben sollen. Viele denken dabei automatisch an die Privilegien, wenn man sie denn so nennen möchte, die Männer historisch durch patriarchale Strukturen innehatten. Das habe ich auch im vorherigen Votum so durchsickern gehört. Doch die Realität sollten wir differenzierter betrachten. Die Rollenbilder, was ein Mann sein soll – stark, unemotional, erfolgreich – sind bei näherer Betrachtung ebenso einschränkend wie die traditionellen Rollenbilder für Frauen. Aus diesem Grund nennt das kantonale Gleichstellungsgesetz Männer explizit als Zielgruppe des Gleichstellungsauftrags.

Es ist verständlich, dass sich nicht alle Männer unmittelbar betroffen fühlen, doch darum geht es auch gar nicht. Entscheidend ist die gesamtgesellschaftliche Perspektive. Die Zahlen und Studien sprechen eine deutliche Sprache. Stereotype Männlichkeitsbilder führen nachweislich zu ungesundem Verhalten, einer höheren Suizidrate und einer geringeren Lebenserwartung bei Männern. Zudem sind Männer überproportional oft in Gewalt- und Kriminalstatistiken vertreten, sowohl als Täter wie auch als Opfer.

Um also bei der Gleichstellung einen weiteren Schritt nach vorne zu machen, müssen wir auch aus dieser Perspektive über diese Strukturen sprechen und sie gezielt angehen. Die Schaffung des in diesem Anzug geforderten Kompetenzzentrums wäre dafür eine wichtige Schnittstelle. Es könnte nicht nur Forschung und Aufklärung betreiben, sondern auch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit leisten, Gewaltprävention betreiben und Institutionen wie Schulen, Polizei oder Beratungsstellen in der Geschlechter reflektierten Arbeit unterstützen. So schaffen wir eine Basis, um stereotype Rollenbilder aktiv abzubauen.

Ja, es gibt in Basel den Verein Männerbüro, der sowohl für die Gewaltberatung als auch für die polyvalente Sozialberatung Finanzhilfen vom Kanton erhält. Das ist eine wichtige Funktion, aber ein Kompetenzzentrum im Sinn, wie es der Anzug fordert, ist es noch nicht. Es könnte es aber werden, wenn der Aufbau von Praxis orientiertem Fachwissen, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung in den Leistungskatalog des Männerbüros aufgenommen würde, oder aber eine andere Institution könnte mit diesem Auftrag versehen werden. Genau dafür sollten wir diesen Anzug überweisen.

Die Stärkung der geschlechterreflektierten Männerarbeit hat nichts mit Umerziehung zu tun, wie es Beat K. Schaller gesagt hat, sondern es wäre ein Fortschritt, der allen zugutekommt. Beide Geschlechter und auch alle anderen



Geschlechtsidentitäten profitieren davon, wenn Stereotype abgebaut und diskriminierende Strukturen verändert werden, damit alle Menschen frei von starren Rollenbildern leben können.

Sehen Sie also diesen Vorstoss nicht als eine Bedrohung für Männer, sondern als Chance für eine gerechtere Gesellschaft.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Die Frage steht im Raum, was dieser Anzug mit dem Alltag zu tun hat. Schon nur wenn ich auf den Titel schaue, geschlechterreflektiert, also Nachdenken – , ich denke im Alltag nach, ich beobachte im Alltag und ich stelle mir Fragen dazu, was ich im Alltag erlebe und beobachte und wie mein Alltag auf mich wirkt, wie wohl der Alltag auf andere Menschen wirkt. Und da bin ich eigentlich genau beim Thema dieses Anzugs und ich bin im Alltag genau gleich und die Frage war anscheinend eine rhetorische Frage. Und wenn ich sehe, dass die SVP und die anderen bürgerlichen Parteien hier ein Minus eingetragen haben, dann frage ich, wie denn ihr Alltag aussieht. Wirkt der nicht Sie euch ein und bringt er Sie nicht zum Nachdenken? Es interessiert mich ja nicht nur, warum ist etwas so, wie ich das beobachte oder wie ich das erlebe, sondern auch woher kommt das und wie können wir das ändern und wie können wir das verbessern? Ich frage mich, warum Sie das nicht möchten oder nicht mehr dazu wissen möchten. Der Anzug möchte ja genau diese Basis legen, und dann jeder und jede von uns damit macht, ist uns überlassen. Aber dass wir zumindest diese Basis haben, wäre für uns vom GAB ein sehr grosser Gewinn und entsprechend werden wir diesen Anzug auch unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Die GLP unterstützt diesen Anzug und ich möchte kurz erwähnen oder erläutern, wieso wir das tun oder wie das zu verstehen ist, dass wir das tun.

Wir denken, dass dieses Thema ein inhärenter Bestandteil der Gleichstellungsarbeit ist und nicht erst seit diesem Anzug, sondern eigentlich schon seit sehr vielen Jahren. Es ist deshalb auch ein bisschen, wenn ich mir die Kritik erlauben darf, erstaunlich, dass dieser Anzug überhaupt eingereicht wird, weil eigentlich die Abteilung Gleichstellung für Männer und Frauen sich mit diesem Thema seit 20 Jahren beschäftigen müsste, das aber offenbar zu wenig tut oder zu wenig kann, weil die Kompetenz sogar fehlt. Ich weiss es nicht. Ich finde das sehr erstaunlich. Ich finde den Anzug, wenn ich das so formulieren darf, etwa ähnlich, wie wenn Erich Bucher ein Windows-Update bei IT Basel-Stadt fordern würde. Es ist wirklich so, dass dieses Thema zur Gleichstellungsarbeit gehört und deshalb auch unterstützt werden soll.

Jetzt ist es aber so, dass dieser Aspekt im Wahlkampf lanciert wurde und irgendwie wir den Eindruck nicht loswerden, dass jetzt verschiedene Aspekte der Gleichstellungsarbeit lanciert werden, um schlussendlich halt Budgeterhöhungen zu fordern für die Umsetzung. Und damit die GLP ein bisschen ein Problem, weil wir halt eben finden, dass das bereits ein Auftrag ist, der dem Kanton übergeben wurde und eigentlich einfach gemacht werden soll. Deswegen überweisen wir, möchten aber, dass die Umsetzung kostenneutral realisiert werden kann. Wir glauben auch, dass das möglich ist und vielleicht braucht es da ein gewisse Strukturveränderung auf der Abteilung und die sieht man ja auch im Geschlechterverhältnis, dass sie da nicht ganz ausgeglichen ist.

Das würde auch helfen. In diesem Sinne über unterstützen wir diesen Antrag und hoffen, dass wir noch ein paar andere Männer dazu motivieren können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nun hat die Anzugsstellerin Melanie Nussbaumer das Wort.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Zuerst einmal vielen Dank an die GLP für die Unterstützung. Ich habe die Kritik gehört und verstehe sie auch. Ich bin auch einverstanden, dass das eigentlich schon längst hätte gemacht werden sollen, aber es ist halt Fakt, dass das nicht so ist. Es gibt dort eine Lücke in der Männerarbeit, die leider bisher noch nicht geschlossen wurde, und deshalb habe ich diesen Anzug eingereicht.

Und vielleicht kann ich auch Beat Schaller erklären, was diese Wörter alle bedeuten. Es ist ja nicht so, dass ich alle immer von A bis Zeit von Anfang an verstehe, aber wenn wenn ich dazu rede, dann gehe ich halt recherchieren und versuche mich damit auseinanderzusetzen. Das hat er anscheinend nicht gemacht, so schwierig ist es auch wieder nicht. Das Wort Kompetenzzentrum ist in dem Sinne gemeint, als dass es dringend einen Ort geben muss, wo bestehendes Wissen gebündelt wird, bei dem neues Wissen gesammelt wird und bei dem aber auch, und das ist wichtig, praxisnah erforscht wird und dieses Wissen oder eben dann diese gesammelten Kompetenzen direkt in die Praxis, in den Alltag zu den Männern



zurückgeht. Es ist eben kein Elfenbeinvorstoss. Wir wollen nicht das Institut für Gender Studies ausbauen. Es soll kein Forschungszentrum im engen Sinn sein, weil es eben das Ziel hat, dass dieser Transfer zurück zu den Leuten relativ rasch eingesetzt wird. Es soll auch keine reine Verwaltungsaufgabe sein, weil eben auch dort das näher an den Männern dran sein muss. Deshalb fände ich persönlich zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit dem Männerbüro eine gute Lösung. Ob das kostenneutral möglich ist, bezweifle ich, aber ich bin da offen. Vielleicht hat ja dann die Regierung eine gute Idee.

Und jetzt kommen wir zum Thema geschlechterreflektiert. Wir haben uns ja im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes ausführlich mit den verschiedenen Ebenen von Geschlecht auseinandergesetzt und vielleicht haben wir da ja auch zusammen etwas gelernt, und ich habe auf jeden Fall gelernt, dass es nicht nur die biologische Ebene gibt von Geschlecht, sondern es gibt eben auch die soziale Ebene, respektive die Frage, was genau unter männlich verstanden wird, was genau unter weiblich verstanden wird. Und diese Ebene ist eben dynamisch, und um diese Ebene würde es auch in diesem Kompetenzzentrum gehen.

Wir wissen alle, dass schon lange über die Rolle der Frauen reflektiert und diskutiert wird, und das hat natürlich auch mit der Emanzipationsbewegung der Frauen selbst zu tun. Daraus entstanden dann auch viele wissenschaftliche Studien, politische Forderungen und auch Strukturen wie Gleichstellungsbüros, aber auch da vor allem mit dem Fokus auf Frauen einverstanden. Das will ich auch nicht schlechtreden, das war wichtig und ist weiterhin richtig, aber es reicht nicht, denn auch die gesellschaftlichen Rollen und Erwartungen von Männern befinden sich im Wandel. Es gibt widersprüchliche und vielfältige Erwartungen an Männer. Auf der einen Seite stehen Sie häufig unter dem Druck traditioneller oder stereotyper Rollenerwartungen – sie müssen das Geld heimbringen, sie müssen stark sein, dürfen nicht weinen. Sie wissen, wovon ich rede. Auf der anderen Seite gibt es aber auch neuere Erwartungen wie zum Beispiel, dass sie auch aktive Väter sein sollen, sie sollen neu auch Gefühle wahrnehmen können und darüber sprechen, auch das eine hohe Erwartung.

Und die Frage ist nun, wie gehen die Männer mit diesen vielfältigen Erwartungen um, welchen Einfluss haben diese Rollenbilder auch auf ihre Gesundheit, ihre Beziehungen und ihr Verhalten? Inwiefern können Männer eben auch bewusste Entscheide diesbezüglich fällen? Mir geht es also keinesfalls darum, ein spezifisches Männerbild durchzusetzen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass die bewusste Reflexion über diese gesellschaftlichen Erwartungen zu selbstbestimmteren Entscheidungen führt und damit auch zu einem Freiheitsgewinn. Das Ziel ist also schlussendlich, dass wir alle nicht einfach irgendwelchen Normen folgen, sondern frei entscheiden, wie wir uns erleben, unsere Beziehungen und unsere Familienkonstellationen leben wollen und wie wir auch mit unseren Körpern und unserer Gesundheit umgehen.

Ein Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit würde also genau hier ansetzen. Es könnte Wissen und Kompetenzen bündeln, Präventionsarbeit leisten und Weiterbildung für Fachpersonen anbieten. Wenn wir also insgesamt in der Frage der Gleichstellung weiterkommen wollen, müssen wir jetzt endlich, ja endlich auch bei den Männern hinschauen. Ein solches Kompetenzzentrum könnte hierzu einen Schritt beitragen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird bestritten von Beat K. Schaller. Wir stimmen ab.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**51 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005369, 19.12.24 17:21:51]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* 51 Ja-Stimmen und 37 Nein-Stimmen bedeuten, dass der Anzug überwiesen ist.



## 67. Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse

[19.12.24 17:22:08, 24.5421.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Da hat sich Regierungsrat Lukas-Engelberger gemeldet.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Wir sind sehr einverstanden mit den Anzugstellerinnen und Anzugstellern, dass Väter eine wichtige Verantwortung haben und diese auch wahrnehmen sollen und zwar eben auch, wenn sie erst werdende Väter sind, und wir sind auch einverstanden, dass Hilfsangebote für werdende Väter ebenfalls Sinn machen. Wir kommen aber jetzt trotzdem zum Schluss, Ihnen zu empfehlen, diese Gutscheinsidee für den Besuch von Schwangerschaftsvorbereitungskursen nicht weiter zu verfolgen.

Die Hauptüberlegung hinter unserer Haltung ist, dass Geburtsvorbereitungskurse auch weiterhin auf die Gesundheit der Schwangeren fokussieren müssen. Es geht um die Gesundheit der Schwangeren, eine Schwangerschaft ist eine Belastung, eine Geburt ist medizinisch gesprochen eine Gesundheitsgefährdung und die Geburtsvorbereitungskurse wollen diesen Risiken spezifisch für die Gesundheit der Schwangeren entgegenwirken. Und das soll so bleiben.

Da sind wir wirklich auf der biologischen Ebene von Geschlecht und die ist unterschiedlich. Die Betroffenheit hier von werdenden Müttern und werdenden Vätern ist wirklich unterschiedlich. Ich glaube, es könnte hier ein Missverständnis im Raum stehen. Wir reden bei den Geburtsvorbereitungskursen nicht über allgemeine Kurse von Elternschaft. Das ist es nicht, sondern es sind spezifisch medizinisch ausgerichtete Angebote zum Schutz der Gesundheit eben der Schwangeren. Daneben gibt es auch die allgemeineren Aspekte, die dann natürlich auch für die Männer gleichermaßen relevant sind, aber die stehen nicht im Vordergrund und die können übrigens auch heute schon von den werdenden Vätern auch mitbesucht werden. Es ist ja nicht so, dass das den Vätern heute nicht möglich wäre.

Es gibt auch andere beratende Angebote für werdende Väter, das ist richtig so und auch für junge Familien ja im weiteren Sinn, nicht nur für die Väter, sondern auch für die Mütter. Auch die haben vielleicht noch weitere Beratungsbedürfnisse als nur die Geburtsvorbereitungskurse. Aber hier reden wir über die Geburtsvorbereitungskurse und die möchten wir weiterhin auf die Interessen der schwangeren Frauen beziehen, fokussieren und da haben jetzt unseres Erachtens die Männer heute schon ausreichend Möglichkeit, teilzunehmen, wenn sie sich dafür interessieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Als Vater von drei nun erwachsenen Töchtern kann ich aus Erfahrung sagen, dass die Teilnahme am Geburtsvorbereitungskurs – das war schon damals möglich – wirklich sehr hilfreich war, um mich mit der bevorstehenden Geburt, der Zeit danach und auch hinsichtlich der neuen Vaterrolle auseinanderzusetzen. Damals vor 25 Jahren aber, ich muss es ehrlicherweise sagen, haben nur wenige werdende Väter am Geburtsvorbereitungskurs teilgenommen und ich vermute es wirklich, die meisten haben sich entsprechend schon irgendwie damit auseinandergesetzt. Es war mit Bestimmtheit nur ein Ausschnitt aus der Gesellschaft.

Ich bin mir nicht ganz sicher, aber auch aus Beobachtung meines persönlichen Umfelds von Kindern, die auch wieder Kinder haben, habe ich den Eindruck, dass es aktuell nicht viel anders aussieht und werdende Väter auch jetzt schon an Geburtsvorbereitungskursen teilnehmen könnten, aber in der Regel das halt nicht tun. Wer weiss, vielleicht nehmen sogar weniger Männer daran Teil als dies noch vor 10 bis 20 Jahren der Fall war, denn zurzeit erleben wir ja eher wieder ein Erstarken traditioneller Rollenbilder.

Deshalb ist der Anzug von Barbara Heer wichtig und unterstützenswert. Manchmal braucht es Anreize, um etwas in Bewegung zu bringen. Ein staatlicher Zwang wäre hier sicher eher kontraproduktiv, aber ein Gutschein könnte Wirkung erzeugen. Und jetzt eine Antwort auf den vielleicht berechtigte Einwand von Regierungsrat Lukas Engelberger. Vielleicht braucht es auch entsprechende Geburtsvorbereitungskurse für Männer. Vielleicht heissen die dann ein bisschen anders, aber darum geht es ja gar nicht, es geht um die Idee, dass mehr werdende Väter sich in einem Kurs mit dieser Rolle, mit diesen Herausforderungen auch auseinandersetzen, einen sogenannten Vater-Crash-Kurs, eventuell auch von Vätern für Väter, um sich mit der Vaterrolle auseinanderzusetzen und vielleicht ist bei einem solchen Angebot auch die Hemmschwelle niedriger, um Unwissenheit zu zeigen, mögliche Ängste zu äussern und Fragen zu stellen.

Schlussendlich dient die Teilnahme an einem Vater-Crash-Kurs oder an einem Geburtsvorbereitungskurs der Gesundheitsprävention und ist aus einer gesamt gesellschaftlichen Perspektive überaus sinnvoll und wirkungsorientiert. Wir



bieten ja auch auf für Darmscreening und Mammographie, weshalb sollen wir nicht auch beim Vaterwerden präventiv unterstützen.

Also ich bin überzeugt, in einer finanziellen Unterstützung, in einer guten, Zielgruppen orientierten entsprechenden Kommunikation könnte dies sehr gut ins Laufen kommen und auch neue Zielgruppen angesprochen werden, die bis anhin nicht erreicht wurden. Ich ermutige den Regierungsrat bei der Beantwortung des Anzugs auch über den Geburtsvorbereitungskurs hinauszudenken und auch die Idee eines Vater-Crash-Kurses oder wie man auch das immer nennen möchte, einzuarbeiten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Stefan Wittlin.

*Stefan Wittlin (SP):* Bei mir ist es etwas weniger lange her als bei Oliver Bolliger, aber auch ich habe einen Geburtsvorbereitungskurs besucht und ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung berichten, wie wichtig und wie es sinnvoll dies ist und wie sehr ich auch davon profitiert habe. Ich bin überzeugt, viele andere hier im Saal haben das ähnlich oder gleich erlebt.

Ich war ziemlich überrascht, als ich gesehen habe, dass der Regierungsrat diesen Anzug nicht entgegennehmen möchte. Ich bin froh, dass Regierungsrat Lukas Engelberger sich dazu geäussert hat. Allerdings verstehe ich diese Argumentation noch nicht ganz, ich werde später noch darauf zurückkommen. Wir haben jetzt gehört, es geht darum, dass Gutscheine ausgestellt werden sollen für die Teilnahme an Geburtsvorbereitungskursen für Väter beziehungsweise auch Partnerinnen der Mütter. Es geht auch um zusätzliche Informationen, die in diesem Rahmen zur Verfügung gestellt werden können.

Nun, was beinhaltet ein Geburtsvorbereitungskurs? Es geht darum, dass man lernt, wie eine Geburt abläuft. Man lernt, wie man helfen kann, was man tun kann in welcher Situation. Es geht natürlich um die medizinischen Möglichkeiten und Risiken, die es gibt während einer Geburt, es geht aber auch und explizit um die Zeit danach. Es geht eben auch um das Wochenbett und die erste Babypflege. Und da möchte ich auf das Votum von Regierungsrat Lukas Engelberger zurückkommen. Ich gebe Ihnen ja recht, dass diese Kurse auf die Gesundheit der Schwangeren fokussiert sind, aber was ist denn das für eine Schlussfolgerung, wenn Sie sagen, dass die Männer da nichts zu suchen haben? Ich weiss, Sie haben es nicht so formuliert, das ist jetzt ein bisschen überspitzt. Aber es ist doch umso wichtiger, dass dann die Männer da sind, weil während der Geburt spielen die Männer zwar eine untergeordnete Rolle, aber sie können eben die gebärenden Mütter unterstützen und das können sie nur beziehungsweise das können sie nur ausreichend, wenn sie eben informiert sind und die Mutter nicht noch während der Geburt ihren Partner oder ihre Partnerin anleiten muss, was jetzt als nächstes kommt und was jetzt wichtig ist.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen. Es geht um ein niederschwelliges Angebot. Ein Kurs ist viel niederschwelliger beispielsweise als die Lektüre von Fachliteratur. Da spreche ich ebenfalls aus eigener Erfahrung. Dieser Anzug schafft einen Anreiz. Gerade für gering Verdienende sind vielleicht diese 150 Franken eine zu grosse Hürde, und da wäre es eben wichtig, wenn wir als Kanton eine Unterstützung leisten könnten. Wenn man diese Idee mit den Gutscheinen umsetzen würde, bräuchte das sehr überschaubare Mittel. Wir haben in Basel-Stadt rund 2000 Geburten pro Jahr. Gehen wir davon aus, dass die Hälfte der werdenden Väter oder Partnerinnen der Mütter von diesem Angebot Gebrauch machen würden, würde uns das also rund 150'000 Franken kosten pro Jahr. Das sind genau 7,5 Prozent des Geschenks, dass Sie gestern dem Zolli gemacht haben. Dies zur Einordnung dieser Grössenordnung. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Der Regierungsrat hat auch hier wirklich schon erklärt und ich will es jetzt einfach einmal wiederholen: Es gibt zwei mögliche Vorbereitungskurse. Das eine ist das rein medizinische, wo der Partner oder die Partnerin auch unterstützen kann bei einer Geburt. Aber das ist rein medizinisch. Und dann gibt es die edukativen Kurse, die es jetzt schon verbreitet gibt und auch von Privaten angeboten werden. Und dann gäbe es schon wieder im Markt eine Ungleichheit, weil ich Gutscheine nur von staatlich subventionierten Geschichten mache, dann habe ich auch das Probleme und auch die ganze Bürokratie. Wem gebe ich es jetzt genau, wer sorgt für die Gutscheine? Wer hat diese zu Gute und wie meldet man sich? Das ist ein riesiger Monster, das wir da kreieren für welches Ergebnis? Es steht ja nirgends, dass edukative Kurse wirklich dazu beitragen, aber es ist einfach eine Selbstverständlichkeit, die man aus Eigenverantwortung übernimmt, vielleicht auch aufgrund vorheriger Generationen. Und die Geburt hat sich vielleicht schon eine wenig geändert. Ich kann mich auch noch erinnern, ich bin nämlich auch mit vor 26 Jahren, und da habe ich mich ziemlich alleine gefühlt, weil ich der einzige Mann gewesen bin unter schwer atmenden Schwangeren in diesem Raum und ich habe mich eher als Fremdkörper dort gefühlt, ganz ehrlich gesagt, weil ich dort mitgeatmet habe und habe eigentlich auch nicht genau gewusst, wieso ich jetzt mitatme. Aber das war vor 26 Jahren und das hat sich sicher auch geändert.



Der Regierungsrat hat gesagt, eines ist das Edukative, das man vielleicht eher unserer allgemeinen Bildung überlässt, wie eine Geburt halt vonstatten gehen soll oder wie man auch als Mann oder als Partnerin oder als Partner da mithelfen kann. Und das andere ist das rein Medizinische und beim rein Medizinischen macht es wirklich total Sinn. Und darum finde ich den Anzug jetzt wirklich völlig unnötig und wieder einmal mehr eine Verschwendung des viel zu grossen Wohlstands und wir würden lieber das Geld wirklich dort einsetzen, wo wir es wirklich brauchen.

Darum, die LDP lehnt sogar eine erste Überweisung dieses Anzugs zurück.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir sind bei der Anzugstellerin Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Es ist speziell jetzt das Schlusswort zu dieser Debatte halten zu können. Wir haben jetzt zwei Anzüge zum Thema Männer und Gleichstellung diskutiert und was ich jetzt eben auch gerade beobachtet habe, ist eben das, was so wichtig ist in diesem Gleichstellungsthema, nämlich dass sich die Diskussionen weiterentwickeln und Männer eben auch das Thema für sich zu «ownen» und anders damit umzugehen beginnen.

Darum möchte ich noch kurz auf den einen Punkt eingehen, der in der vorherigen Debatte genannt wurde, dass nämlich, wenn wir über geschlechterreflektierte Männerarbeit beginnen zu sprechen, Männer unter Generalverdacht gestellt würden oder dass wir anstatt zu vereinen jetzt spalten. Da möchte ich jetzt schon einfach nochmals kritisch aufwerfen, dass wir in unserer Gesellschaft halt tatsächlich viel Gewalt haben und dass viel verlinkt ist mit Männlichkeitsvorstellungen, und dass diese Gewalt unsere Gesellschaft spaltet und nicht das Benennen der Ursachen von Gewalt, die wir natürlich alle gemeinsam angehen müssen.

Männer und Gleichstellung als Windows Update sich vorzustellen, also als etwas, das eigentlich selbstverständlich sein müsste, fände ich auch schön, wenn es denn so wäre. Aber ich finde gerade jetzt wieder bei dem Verständnis der Geburtsvorbereitungskurse, das jetzt auch von der Regierung hier vertreten wurde, sieht man halt wieder, dass es doch immer noch so stark in den Köpfen verankert ist, dass die Geburt etwas ist, das vor allem die Frauen betrifft. Wenn Sie die Geburtsvorbereitungskurse am Unispital von heute anschauen, sind diese heute vorwiegend auf Paare ausgerichtet, also von sechs Abendterminen sind bei vier Abendterminen die Männer dabei, die Fachpersonen haben heute auch schon erkannt, dass es dann bei diesen Geburtsvorbereitungskursen ganz wichtig ist, auch Gefässe zu haben, wo Männer auch untereinander sprechen und reflektieren. Damit Männer während der Geburt, diesem Extremereignis, emotionale und praktische Unterstützung leisten können, müssen auch sie wirklich all das Know-how haben, wie so eine Geburt abläuft, denn sonst ist man einfach im Gebärsaal und komplett überfordert von der Situation, die halt einfach eine Überforderung ist. Und die Geburtsvorbereitungskurse helfen eben genau, aus einer Überforderung wieder in eine Handlungsfähigkeit zu kommen. Und deshalb ist es eben wirklich sehr wohl im Interesse der Frauen, wenn ich eine Person an meiner Seite habe, die weiss, was passiert, die nicht einfach Angst kriegt, sondern wirklich begleitend und unterstützend ist. Dann ist das sehr wohl eine sehr wichtige Rolle.

Und einfach um es noch einmal zu sagen: Die Idee, dass Frauen alleine gebären gemeinsam mit den Hebammen und Ärztinnen im Spital, ist eine sehr neue Idee. Früher fand eine Geburt immer eingebettet statt, Mütter, Schwester, Freundinnen und hatten eine wichtige Rolle, und jetzt sind wir in einer sich verändernden Gesellschaft und deshalb ist es eben auch so wichtig, dass auch die Väter diese aktive Rolle übernehmen.

Dann zur Aussage, dass dies irgendwie kompliziert sei: die Idee ist ja, dass dieser Gutschein auch ein Kampagnenelement ist, um über das Thema Vaterschaft zu sprechen. Natürlich muss man dann schauen, ob man einfach gewisse Anbieter auswählt wie zum Beispiel das Unispital, wo dann diese Gutscheine eingelöst werden können, oder eben auch gerade Anbieter, die spezifisch für Väter Geburtsvorbereitungskurse machen. Das sollte jetzt wirklich nicht so kompliziert sein.

Es gibt viele Studien, die halt einfach zeigen, dass ein ganz früher Einbezug von Vätern ab Beginn der Schwangerschaft ihr väterlichen Engagement über die Jahre hinweg beeinflussen. Auch in meiner persönlichen Erfahrung, beim Gang eben durch diese Institution, habe ich immer wieder gemerkt, dass der Fokus sehr stark auf den Frauen ist und die Männer immer wieder um Aufmerksamkeit kämpfen müssen und die Institutionen, wie sie funktionieren, die Paare ein bisschen hineindrängen in traditionelle Rollen.

Ich habe jetzt eben viele Unterschriften auch von Vätern hier drin gesammelt und würde mich freuen, wenn Sie sich entscheiden, den Anzug zu überweisen und wir deshalb auch als Grosser Rat einen Schritt machen können, um an diesen immer noch stereotypen und starren Erwartungen an die männliche Vaterschaft zu rütteln.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Möchten Sie eine Frage von Johannes Sieber beantworten? Die Zwischenfrage wird angenommen.



*Johannes Sieber (GLP):* Ich wollte wissen, ob sich bei der SP auch Männer mit Gleichstellung befassen und Anzüge zu diesem Thema einreichen dürften.

*Barbara Heer (SP):* Selbstverständlich und das tun sie. Wir hatten jetzt eine wirklich männerdominierte Debatte und ich habe mich bemüht, kurz zu sein, um nicht die Männer zu konkurrieren, die jetzt hier ihre Redezeit schön genutzt haben .

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen ab.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**53 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005371, 19.12.24 17:41:00]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## **68. Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz)**

[19.12.24 17:41:15, 24.5422.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Warum ist die LDP gegen die Überweisung des Anzuges von Christine Keller? Ich habe es nicht verstanden, denn ich verstehe freiwillige Arbeit so, dass dies auf Freiwilligkeit basiert, auf selbstbestimmter Entscheidung, anderen helfen zu können. Und das – und das ist das Entscheidende – immer ohne irgend etwas Materielles oder einen extrinsischen Anreiz, der mich dazu führt, dass ich Freiwilligenarbeit leiste.

Ein offizieller Ausweis könnte das Freiwillige und das Altruistische, das dahintersteckt in dieser in Basel hochgelobten Arbeit, kompromittiert werden und in Frage gestellt werden. Das ist dann wie so eine institutionelle Überregulierung, die das Engagement vom Einzelnen und von der Einzelnen beeinflusst. Die primäre Motivation einer solchen Freiwilligenarbeit könnte auch untergraben werden aus dem reinen Wunsch nach Hilfe und Solidarität. Und auch da wieder enorm viel Bürokratie.

In welcher Form soll denn das geschehen, dass man dann gratis in den Zolli geht oder dass man gratis ins Theater geht oder dass man reduziert dort und dort hinget. Auch da wieder Staat und Privat, die gegeneinander ausgespielt werden für nichts. Ich sehe den Sinn dahinter nicht.



Ein Freiwilligenausweis mit vergünstigten Eintritten oder Sonderaktionen könnte einfach die Freiwilligenarbeit zunehmend abhängig machen sogar von staatlichen Anreizen und das wollen wir doch nicht. Wir wollen doch einfach das, was die Menschen aus Altruismus heute bei uns im Kanton machen eher fördern und fordern, aber nicht durch Gutscheine und nicht durch Anreize. Denn die Anreize bestehen ja schon und dann wäre es schon fast nicht mehr freiwillig.

Es ist für mich einfach eine Entwertung der Freiwilligenarbeit schlussendlich und die LDP und auch die SVP, in deren Namen ich auch sprechen darf, lehnen die Überweisung des Anzugs ab.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Anzugsstellerin hat das Schlusswort.

*Christine Keller (SP):* Das ist jetzt schade, dass Raul Furlano die Absicht dieses Anzuges so versteht, dass das zu einer Entwertung der Freiwilligenarbeit führt. Es ist natürlich das Gegenteil der Fall. Wir haben im Anzug ausgeführt, dass die Gesellschaft sehr angewiesen ist auf diese Freiwilligenarbeit, und diese ist sehr wohl nicht nur im Interesse der Menschen, die vielleicht im Rahmen solch eines Einsatzes betreut werden, sondern immer auch im Interesse der freiwilligen Person, die dadurch auch Einblick in Arbeitsbereiche erhält, in meinem Fall in ein Palliativspital, die sie sonst nicht erhalten würde. Und selbstverständlich macht man das freiwillig und das würde doch nicht korrumpiert durch einen vielleicht zu 10 Prozent vergünstigten Eintritt. Ich sage jetzt vielleicht lieber nicht in den Zoo, sondern in ein Museum, aber selbstverständlich darf auch der Zoo dabei mitmachen, wenn er das dann will.

Es geht geht aber darum, einen Anreiz zu setzen. Es gibt schon einen Anreiz, den Prix Schappo, aber ich glaube, es würde wirklich nicht schaden, wenn da noch mehr dazu käme. Ich habe es im Anzug geschrieben, es ist einer derjenigen Vorstösse, die in Zusammenarbeit mit der Basler Alterskonferenz zustande kam, und eben ein Generationenleitbild, weil gerade die Freiwilligenarbeit eine Brücke schlägt zwischen oft jüngeren, freiwillig Helfenden und der älteren Generation, die mindestens im Sozialbereich darauf besonders angewiesen ist. Was den immer wieder befürchteten bürokratischen Aufwand betrifft, so ist zu sagen, es im Präsidialdepartement bereits diese Koordinationsstelle gibt und ich denke, der Aufwand, den sie nun betreiben müsste, um aufgrund einer Bestätigung der Institution, dass jemand eine Stunde oder zwei Stunden pro Woche (die Grenze wäre zu definieren) freiwillig tätig ist, den Anspruch auf so eine Karte zu geben, wie wir sie ja schon kennen mit dem Familienpass oder bei der Kulturlegi, ist nicht so gross. Wir fanden das eine gute Idee.

Es steht auch immer wieder die Idee der Steuerabzüge, der Zeitspenden im Raum. Mal abgesehen davon, dass dies kantonale nicht geht aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes, könnte man da eher von Lohn sprechen. Aber hier geht es ganz offensichtlich auch einfach um eine weitere Anerkennung. Wir haben das natürlich auch mit GGG Benevol abgesprochen. Die finden das eine gute Idee, der bürokratische wie auch der finanzielle Aufwand würden sich ganz sicher in Grenzen halten. Vielleicht würden sich dann auch Private, vielleicht sogar Beizen, private Kulturveranstalter gerne anschliessen und sagen, doch Freiwillige willkommen bei uns, mit dem Ausweis habt ihr eine kleine Vergünstigung. Das gibt dann wieder einen Werbeeffect.

Ich danke der Regierung, dass sie das prüfen will. Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Raoul Furlano. Wir stimmen darüber ab.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**52 Ja, 35 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0005373, 19.12.24 17:48:27]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

## **69. Anzug 47 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Förderung von Literatur für Kinder und Jugendliche**

[19.12.24 17:48:39, 24.5447.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie sind auf den Anzug eingetreten.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## **70. Anzug 48 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend die Bewirtschaftung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge**

[19.12.24 17:49:05, 24.5466.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle unterbreche ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen wunderbare Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

### **Schluss der 46. Sitzung**

17:49 Uhr